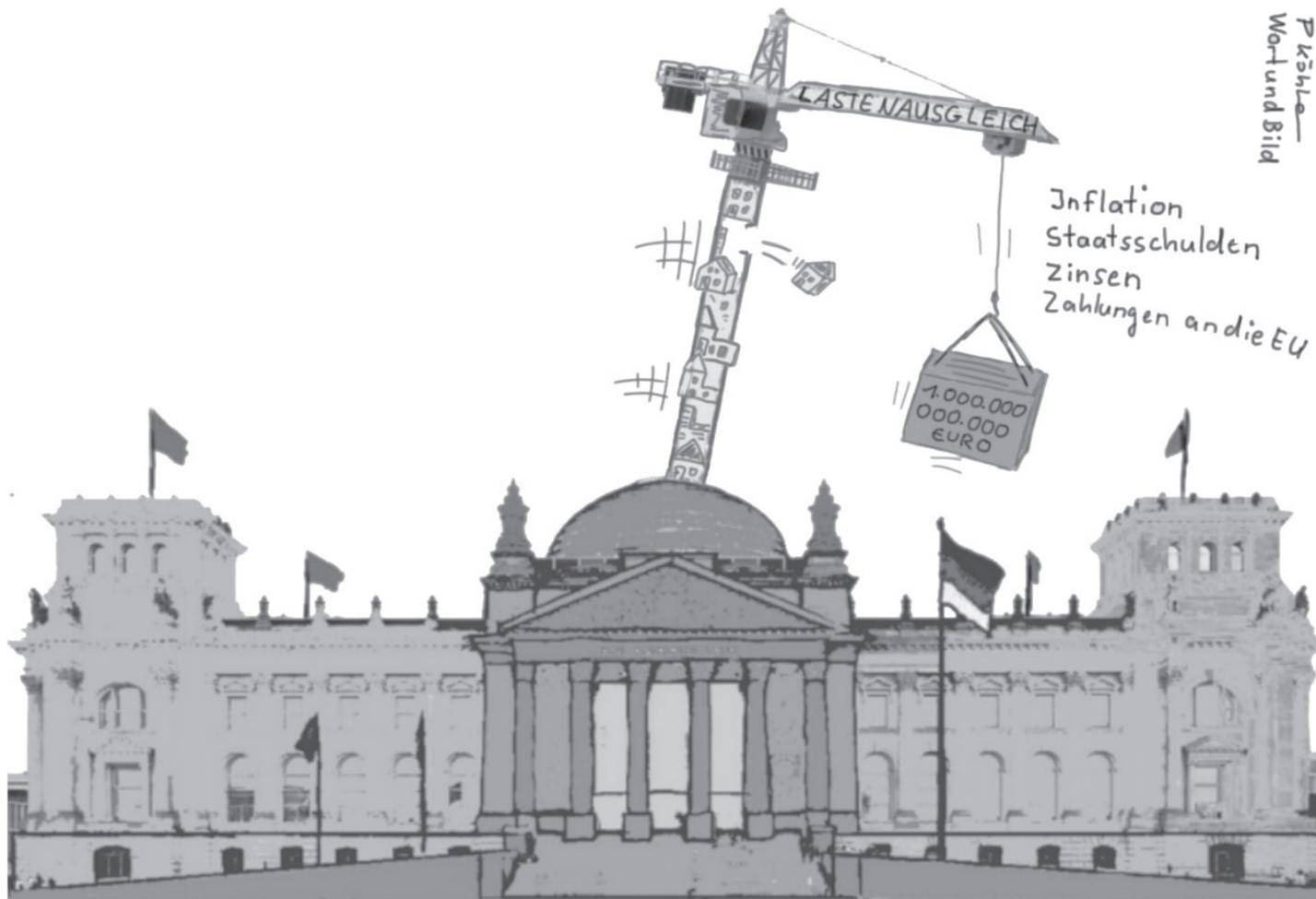


Der globale Finanz-Tsunami hat bereits begonnen

Einsichten und Ausblicke eines hessischen Steuerberaters



Seit der Krise von 2008 haben die US-Notenbank, die EZB und andere große Zentralbanken weltweit Kredite in noch nie dagewesenem Umfang geschaffen, sogenanntes „Helikoptergeld“, um insbesondere die großen Finanzinstitute zu retten. Die Ära der quantitativen Lockerung nach 2008 und die Nullzinsen der Fed/EZB führten zu einer absurden Ausweitung unserer Staatsverschuldung. Seit Januar 2020 haben die Fed, die Bank of England, die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan dem weltweiten Bankensystem zusammen 9 Billionen Dollar (!) an Krediten zu nahezu Nullzinsen zugeführt. Der global geplante Finanz-Tsunami hat bereits begonnen.

Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben. Diese bittere Erkenntnis geht u.a. aus einer neuen Umfrage des Münchener Ifo-Instituts hervor. Es wird eine Zeit nach den menschengemachten Corona-, Ukraine- und Energiekrisen geben. Und schon jetzt stellt sich die Frage, wie Deutschland die enormen Kosten, die in diesen Krisen und durch „Krisenmaßnahmen“ entstanden sind, stemmen kann. Die Europäische Union und der Bund sind pleite und brauchen dringend Geld. Die Schuldenuhr der Bundesrepublik steht bereits bei über 2,5 Billionen Euro!

Eine Enteignung ist nach Artikel 14 Absatz 3 Grundgesetz zulässig. Eine Vermögensabgabe ist grundsätzlich nach Artikel 106 Grundgesetz

ebenfalls zulässig.

Behörden haben in den vergangenen zwei Jahren häufiger Daten zu Konten, Depots und Schließfächern bei Banken abgefragt als jemals zuvor. Das berichtete bereits die „Welt“ unter Berufung auf das Bundesfinanzministerium. Demnach waren es 2021 mit 1,14 Millionen Abrufen zwölf Prozent mehr als 2020, als mit 1,01 Millionen Abrufen erstmals die Millionen-Marke geknackt wurde. Deutlich größer war der Zuwachs bei der Zahl der Abfragen von Finanzbehörden. Den anfragenden Behörden wird die Existenz von Konten, Depots und Schließfächern mitgeteilt, wann sie eingerichtet und gegebenenfalls aufgelöst wurden.

Bereits am 01.01.2015 trat still und leise das sogenannte SAG-Gesetz in Kraft: das „Sanierungs- und Abwicklungsprogramm“. Das Gesetz ist von hoher Brisanz und betrifft Bankkunden, die jederzeit legal enteignet werden können. Demnach kann eine sogenannte neue „Bankenrettungsanstalt“ anordnen, bereits bei einer möglichen Insolvenz einer systemrelevanten Bank deren Kundengelder einzuziehen oder in Aktien der Bank zu einem von ihr festgelegten Nennwert umzuwandeln.

Bereits im Jahr 2020 hat Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel (60) einen Lastenausgleich ins Spiel gebracht: „Wir stehen vor einer dramatischen Entwicklung in unserer Wirtschaft.“

Deswegen forderte er: „Unsere Eltern und Großeltern haben schon mal eine Lösung finden müssen - die nannten wir ‚Lastenausgleich‘. Darüber muss man dann öffentlich reden.“ Beim Thema Lastenausgleich habe man in Deutschland ein sehr gelungenes Vorbild, auf das man stolz sein könne. Mit Blick auf die Zeit nach Corona erklärt Gabriel: „Es kann schon sein, dass es zu einem solchen Lastenausgleich kommen wird.“

Zur Erinnerung: Nach dem Ende des 2. Weltkriegs gab es 1952 einen Lastenausgleich. Damit sollte vor allem den Opfern von Bombardierungen, Vertreibung und der Währungsreform geholfen werden. Konkret wurden alle Vermögen über DM 5.000 mit einer Abgabe in Höhe von 50 Prozent belastet - die Zahlungen über 30 Jahre gestreckt.

Kurz vor Beginn der „Corona-Pandemie“ wurde bereits am 12.12.2019 im Bundestag entschieden, dass ab dem 01.01.2024 alle deutschen Bürger für Schadensersatzforderungen von z.B. Impfgeschädigten zur Kasse gebeten werden dürfen. Auf eine Haftung von Pharmakonzernen wurde dabei bewusst verzichtet. Konkret ist es die Änderung von Artikel 21 des „Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts“ (Lastenausgleichsgesetz) - mit Geltung ab dem 01.01.2024.

Darin heißt es: „Das neue 14. Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) regelt die Entschädigung von schädigungsbedingten Bedarfen von ... Personen, die durch eine Schutzimpfung oder sonstige Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe nach dem Infektionsschutzgesetz eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben.“

- lesen Sie weiter auf Seite 2 -

Editorial

Warum es diese Zeitung gibt

Ein Wirtschaftsstudent lernt schon früh in seinem Studium die Probleme von Monopolen einzuschätzen. Monopole sind träge, faul und un kreativ. Sie blockieren Innovation und schaden dem Gemeinwohl. Besonders schmerzhaft macht sich das Problem von Monopolen bemerkbar, wenn das Monopol im Bereich der Information besteht. Wenn im Informationsbereich Monopole existieren, ist damit ein freier, offener Austausch von Perspektiven auf Augenhöhe nicht mehr möglich, weil der Monopolist alles dafür tun wird, seine marktbeherrschende Stellung auszunutzen und zu bewahren. Wenn dann diese Meinungsmonopole auch noch vom Markt abgekoppelt werden und durch staatliche Zuschüsse oder private Zuwendungen von Multimilliardären am Leben erhalten werden, sieht es schlecht aus für die Meinungsfreiheit in unserem Land. Die Corona-Zeit kündigt von diesen Problemen. Hinzu kommen Internetkonzerne und -giganten, die eifrig ungewünschte Informationen und Sichtweisen unterdrücken und ständige Störer der Einheitsmeinung canceln. So

erging es renommierten Wissenschaftlern, Professoren und Journalisten der neuen Medien.

Nur wer alle Teile des Puzzles kennt, kann sich ein vollständiges Bild machen. Wer nur die Sicht der Tagblätter kennt, ist informativ stark eingeschränkt und sieht nur einen Bruchteil des Bildes. Wir stehen da in einer Linie mit vielen alternativen Medien im digitalen Raum: Wir wollen nicht, dass Sie nur uns glauben. Wir wollen nicht, dass Sie irgendjemand glauben. Wir laden Sie dazu ein, alle Informationen zu prüfen, auch die der Zeitungen. Prüfen Sie auch die Gegenseite und machen Sie sich dann ein eigenes Bild. Die meisten etablierten Medien machen das Gegenteil. Sie sagen Ihnen, dass die alternativen Medien schlecht sind, sie diskreditieren häufig die dort arbeitenden Menschen. Genau das aber führt zur Spaltung. Eine einseitige Berichterstattung führt zu Gräben, die sich durch Gesellschaftsschichten, durch Familien und auch Freundeskreise ziehen. Ratio wird ausgeschaltet, Moral zum einzig wahren Parameter erhoben. Denken wird manipuliert. Entscheiden Sie selber, hinter welcher Haltung ein demokratischeres Verständnis steht.

Auch sollte das enge Zusammenspiel zwischen

Regierungen und der Pharmalobby kritisch überdacht werden. Einschränkungen in den Menschenrechten zum Schutz der Menschen sind ein Paradoxon in sich. Ihnen wird pauschal unterstellt, dass sie nicht verantwortlich handeln und eigenständig denken können.

So wurde den Menschen in den letzten Jahren länderübergreifend viel Freiheit genommen, um vermeintlich Leben zu retten. Seit Anfang des Jahres 2022 wurde das Dogma plötzlich umgedreht. Nun müssen wir Leben opfern, um unsere Freiheit zu verteidigen. Wieder sind die Treiber in den Monopolen der Medien und der Politik zu finden. Aus Helmen wurden Gewehre, aus Gewehren wurden Panzer, morgen werden es Kampfflugzeuge sein, am Ende unsere Söhne. Nur eine breite Information und das Infrage stellen jedweder Aussage führt zu eigenständigem Denken. Eigenständiges Denken ist die Basis für eine freie Entscheidung. Eine freie Entscheidung führt zu einem guten Miteinander. Führt zu Meinungs austausch und am Ende zu guten Kompromissen, die Leben genauso wie Freundschaften retten. Wir sind eine Menschheitsfamilie und sollten unsere unterschiedlichen Stärken in unser Miteinander einbringen. Dafür

müssen Monopole genauso wie Vorurteile jedoch zuerst gebrochen werden, um durch eine breite Bildung und durch Meinungsvielfalt auf Augenhöhe ersetzt zu werden. Wir möchten in dieser Zeitung gern den bisher unterbelichteten Teil der „anderen Wahrheit“ darstellen, ohne jedoch den Anspruch zu erheben, dass es die einzige Wahrheit ist. Aus diesem Grunde werden wir Ihnen einen Mix aus alternativen - und Mainstreammedien zeigen. Wir lassen Bürger ihre Sicht zu Themen schreiben, haben Gastautoren und auch Veröffentlichungen aus den „hinteren Seiten des Mainstream“. Dies erscheint uns gerade in einer Zeit, wo wesentliche, kennzeichnende Merkmale einer Demokratie auf dem Spiel stehen und die Freiheiten der Bürger zunehmend beschnitten werden, sehr wichtig. Nutzen Sie persönlich die Möglichkeiten, schreiben Sie persönlich uns ihre Meinung oder sogar einen Artikel. Wir begrüßen jede Sichtweise, hilft sie uns doch gemeinsam, unsere Sicht zu erweitern, zu verändern und auch zu heilen.

Viel Freude beim Lesen dieser Zeitung - von Bürgern für Bürger!

- Fortsetzung Titelseite -

Mit anderen Worten: Der Bund kann ab dem 01. Januar 2024 einen Lastenausgleich – eine Enteignung – in den **Vermögenswerten der gesamten Bevölkerung** durchführen.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (Aktenzeichen: WD 4 - 3000 - 041/20) haben bereits am 09.04.2020 geprüft: „*Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie*“.

Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (Gutachten 03/2021) hat bereits am 17.05.2021 geprüft: „*Sollte wegen der Corona-Krise eine einmalige Vermögensabgabe erhoben werden?*“.

Mit dem „**Zensus 2022**“ wurden und werden bereits detailliert Immobiliendaten abgefragt.

Mit der „**Grundsteuer-Reform**“ findet eine weitere Sammlung von Immobiliendaten und eine Höherbewertung der Immobilien rückwirkend zum Stichtag zum 01.01.2022 statt.

Der Bundestag hat am 29. April 2022 erstmals über einen Antrag mit dem Titel „*Zentrales Immobilienregister sofort einführen*“ (20/1513) beraten. Die Vorlage wurde im Anschluss an die Aussprache zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen. Der Antrag fordert mehr Transparenz über die Eigentumsverhältnisse auf dem Immobilienmarkt in Deutschland. Dafür soll ein bundesweites zentrales Immobilienregister eingerichtet werden, das einen europaweiten Daten-Austausch sicherstellt. Vor allem sollen die Eigentümerschaft sowie sonstige Nutzungsrechte unter Nennung der Nutzungsberechtigten genannt werden. Darin wird u.a. gefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Überführung von Immobilien in kommunales Eigentum regelt, sprich: Enteignung!

Das Ganze könnte dann wie folgt ablaufen:

1. Phase: Vorbereitung/Erfassung:

Zunächst einmal könnte das gesamte Jahr über Vermögen gesichtet bzw. Immobilien erfasst und geschätzt werden, z.B. via Zensus und Feststellungserklärung zur sog. Grundsteuerreform.

2. Phase: Framing (sprich: weitere politinduzierte Gesellschaftsspaltung):

Das Jahr 2023 könnte dafür verwendet wer-

den, Immobilienbesitzer konstant als irgendwie unanständig und unmoralisch zu diffamieren („Die breiten Schultern, die einfach nur Glück hatten, müssen gefälligst mehr tragen“). **3. Phase: Ausführung** (Lastenausgleichsgesetz 2024) – Ein Gedankenexperiment hierzu: Stellen Sie sich vor, Ihr Haus war zum Zeitpunkt von Phase 1 ca. € 500.000.- wert. Die Immobilienblase ist seitdem geplatzt und nun ist es de facto nur noch € 250.000.- wert. Aufgrund des „Lastenausgleichsgesetzes“ und nach der Dauerpropaganda und Diffamierung aus dem Jahr 2023 wird Ihr Haus – schließlich sind Sie „reich“ und können „mehr schultern“ – mit einer Zwangshypothek von 50% = € 250.000.- versehen. Selbstverständlich werden hierfür die Immobilienwerte zum Zeitpunkt der Erhebung (Grundsteuerreform 01.01.2022) herangezogen, nicht die realen nach dem Platzen der Blase!

Mit anderen Worten: Ihr Eigentum wäre dann höchstwahrscheinlich weg. Freilich ist das ein Extrembeispiel.

Wahrscheinlich wird der Gesetzgeber nicht einfach 50% Zwangshypothek draufhauen, eher irgendetwas Gestaffeltes. Wer z.B. alleine im großen bösen „Klimahaus“ wohnt, zahlt vielleicht 30%, für das kleine „Podhouse“ nur 20% und für Mietobjekte 40%. Eine Idee wäre es auch, die Kosten auf Basis des Quotienten „Personen/qm²“ festzulegen (siehe Abfragen Zensus).

Das ist lediglich ein Gedankenspiel. Jedenfalls ist deutlich erkennbar, dass hinter diesen Prüfungen und Bestrebungen geplante Enteignungen vollzogen werden können. Wir Bürger sollen unter Strafandrohung die „Hosen runterlassen“.

Es ist dringend notwendig, die Enteignungsthematik öffentlich aufzugreifen und politisch zu thematisieren. Es ist an der Zeit, dass SIE Maßnahmen ergreifen, wenn Sie es nicht schon getan haben. Sie müssen JETZT aktiv werden, nicht erst dann, wenn es bereits zu spät sein dürfte!

Gastautor: M. Schierz, Steuerberater, Diplom-Betriebswirt (FH), Fachberater für Unternehmensnachfolge (DStV e.V.), Eppertshausen Illustration: P. Köhler (t.me/kunstimwiderstand)

„Die Leoparden sind los“ – oder: „wie treibt man ein Land in einen neuen Abnutzungskrieg?“

Unser aller Bundeskanzler Olaf Scholz ließ sich nicht allzu lange bitten: getrieben von den üblichen „transatlantischen Wehrtechnikexperten“ wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder Annalena Baerbock knickt er ein. Nun sollen also deutsche **Leopard II Panzer** Russen aus der Ostukraine vertreiben. Amerika lässt Deutschland dabei – so erscheint es derzeit – den Vortritt. Deren **Abrams M1 Panzer** sollen nämlich nicht aus Beständen der US Army sondern aus der laufenden Produktion an die Ukraine ausgeliefert werden. Das heißt jedenfalls für uns, dass US-Panzer in der Ukraine deutlich später ankommen würden als unsere. Auch wird allgemein angenommen, dass diese US-Waffen nicht „gespendet“ werden (wie unsere), sondern an die ukrainischen Truppen „verleaset“ werden. Dreimal dürfen Sie raten, wer Wolodymyr Selenskyj helfen wird, die Leasingraten an die amerikanischen Waffenschmiede zu bezahlen...

Wie konnte es dazu kommen, dass der Konflikt derart eskaliert? Was sind die historischen Dimensionen dieses Krieges? Hierzu hat sich unser **Gastautor Jan Veil** ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Für alle Leser, die sich noch eine 'Restoffenheit' bei diesem aufgeladenen Thema bewahrt haben, hat er einen Artikel geschrieben, abrufbar auf der KLARTEXT-Homepage. Auf mehreren Bezugssebenen gelingt es Jan Veil dort, anhand Bestandsaufnahmen, verknüpfender Analysen und Fakten inklusive Quellenangaben aus Alternativ- und Leitmedien folgenden Nachweis zu führen:

Die aktuellen, medial-politischen Darstellungen sind größtenteils falsch: sowohl hinsichtlich 'unserer' Verbündeten, der ukrainischen Regierung, den USA und der NATO, als auch hinsichtlich 'unserer' Gegner, der russischstämmigen bzw. -sprachigen Ukrainer sowie der russischen Führung. Sie bedürfen daher einer Korrektur, um den erforderlichen Umschwung in der Bevölke-



Bild: Freepik

rung in Bezug auf die Deutung dieses Krieges zu erwirken. Denn nur wer möglichst vollständig, unvoreingenommen und fair die Ursachen eines Konfliktes anzuerkennen bereit ist, kann Lösungsansätze zu dessen Befriedung oder gar Beilegung entwickeln. Jenseits kriegerischer Maßnahmen und somit jenseits des schieren 'Rechts des Stärkeren' liegt der Weg zum Waffenstillstand und schließlich zum Frieden. Eigentlich ganz einfach. Nicht wahr? Aber lesen Sie selbst hier online: <https://cutt.ly/Q9AL9Rx>

Autor: Chris Barth



Unser Bundeskanzler Olaf Scholz ist ja der Meinung, dass die große Mehrheit der Deutschen FÜR die Lieferung von schweren PANZERN an die Ukraine ist. Sind sie auch dieser

Meinung? Hier können Sie online abstimmen: <https://www.menti.com/albrqqi5m86w>

Kriegsverbrechen der USA

welche die Nato als ihre militärische Interessenvertretung in Europa anführt!

1948 manipulierten die USA die Wahlen in Italien, 1950 bombardierten sie Nordkorea, 1953 stürzten sie im Iran die Regierung, gefolgt 1954 von der Regierung in Guatemala. 1961 erfolgte mit der Landung in der Schweinebucht der Versuch, die kubanische Regierung unter Fidel Castro zu stürzen, dieser scheiterte kläglich. 1964 begannen die USA Vietnam zu bombardieren. Begründung dafür war der sogenannte Tonkin-Zwischenfall, eine bewusste Lüge, wie schon lange bewiesen ist. Das führte zu 11 Jahren Krieg und 3 Millionen Toten. In Chile wurde 1973 die demokratisch gewählte Regierung unter Salvador Allende gestürzt und mit Augusto Pinochet ein Diktator installiert, der für die Folterung und Ermordung tausender Menschen verantwortlich war. Das ist der Terror einer rücksichtslosen, imperialen Politik, den die USA mitzuverantworten haben. 1979 unterstützten die USA die Mudschahedin in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjets. Es folgte die Bewaffnung von radikalen Muslimen durch die USA in den 1980er Jahren, wie al-Qaida und Osama bin Laden. Ebenfalls 1979 verhalfen die USA Saddam Hussein an die Macht und unterstützten ihn von 1980-1988 im

Krieg gegen den Iran. Beide Seiten, der Irak und der Iran, wurden mit US-Waffen beliefert, was 1986 aufgedeckt wurde und seither als Iran-Kontra-Affäre bekannt ist.

George Friedman, amerikanischer Geostratege, sagte: „*Man sollte die Deutschen und die Russen gegeneinanderhetzen; wenn sich diese beiden Nationen bekämpfen, ist es ein großer Vorteil für das US-Imperium.*“ Daraus ergibt sich, dass es sehr wichtig ist, dass Deutschland gute Beziehungen zu Russland pflegt und transatlantische Unabhängigkeit erreicht.

Am 14. April 1986 bombardierte Ronald Reagan Libyen. Im August 1990 marschierte Saddam Hussein in Kuwait ein, weil ihm die USA in Person von April Glaspie, der damaligen amerikanischen Botschafterin im Irak, signalisiert hatten, er könne seine internationalen Probleme so lösen, wie er das für richtig halte. Der UNO-Sicherheitsrat verhängte ein Embargo gegen den Irak. Doch mit dem Einmarsch in Kuwait änderten die USA ihre Haltung.

Kanzler Schröder (SPD) und Außenminister Fischer (Grüne) machten im März 1999 mit dem amerikanischen Imperium gemeinsame Sache

und bombardierten Serbien: Ohne UN-Mandat ein illegaler Angriffskrieg unter einer rotgrünen Bundesregierung, der von einer breiten politischen Mehrheit mitgetragen wurde. Als Grund wurden KZ's in Serbien genannt, die es gar nicht gab. Genau wie vor dem Irak-Krieg, als die Tochter des damaligen kuweitischen Botschafters sich als Krankenschwester ausgab und medienwirksam vor dem US-Kongress Lügen aufsuchte, um den Einmarsch der USA und seiner Alliierten zu rechtfertigen.

Im Jahr 2001 kamen die Terroranschläge vom 11. September, die bis heute nie komplett aufgearbeitet wurden und viele Fragen offenließen. Die Bundeswehr ist auf der Basis eines nicht geklärten Terroraktes vom Bundestag in den Krieg nach Afghanistan geschickt worden und kläglich gescheitert. Die Ansage der USA, den Terror zu bekämpfen, ist durchsetzt mit Lüge und Gewalt. Länder werden destabilisiert, bezahlte Revolutionen und Umstürze wie auf dem Maidan in der Ukraine (2014) oder Unruhen wie in Weißrussland initiiert, um Regierungen zu stürzen und US-freundliche Marionetten installieren zu können. Das Alles mit dem Ziel, an wichtige Rohstoffe zu

gelangen und mit Kriegswaffen skrupellos Geld zu verdienen. Diese Fakten belegen, wie zweifelhaft unsere politischen und militärischen Bündnispartner sind, die uns immer noch nach ihren Vorstellungen indoktrinieren, manipulieren und ausnutzen, ja im Ernstfall verheizen würden. Wie zum Beispiel mit der atomaren Teilhabe, die nichts anderes bedeutet, als dass die deutsche Luftwaffe US-Atombomben im Auftrag der USA/NATO auf sogenanntes Feindgebiet abwerfen soll, womit wiederum die Deutschen alle Schuld auf sich laden. Hier stellt sich die Frage, ob Deutschland ein souveränes oder immer noch besetztes Land ist? Die Russen und die Engländer sind abgezogen, doch Deutschland wird immer noch von US-Besatzungstruppen, die ukrainische Soldaten zum Beispiel in Ansbach ausbilden, im Würgegriff gehalten. Die US-Einsatzzentralen in Großstädten wie Ulm und Stuttgart sind bewusst gewählt, um bei einem Gegenschlag diese Städte auszuradien. Von einer Bundesregierung, die als Marionette installiert wurde, ist kein Widerspruch zu erwarten. **Alein die deutsche Bevölkerung könnte hier etwas bewirken!**

Autor: Christfried Krause

Satire für einen Freund!

Vorsicht bei der Zubereitung von Hefekuchen oder Brotteig! Nach Anschaffung eines Anzeiger- und Warngerätes für CO₂, Form Aldehyd und Staub kam es zu einem Alarm, kurz nachdem Madame in der Küche begann (in 1m Entfernung) den 1 Tag zuvor angesetzten Hefeteig zu verarbeiten. Der CO₂ Wert schoß auf über 5000ppm in der Küchenluft, was Madame erschreckte, bis ihr schlagartig klar wurde, dass es sich um eine extreme CO₂ Freisetzung aus dem hochgefährlichen Hefeteig handeln muss. Bitte unterlasst zukünftig die Zubereitung von Brotteig und anderen Lebensmitteln auf Hefebasis, um die Freisetzung des hochgradig gefährlichen

Treibhausgas CO₂ zu vermeiden. Bitte wendet Euch den industriell gefertigten Insektenprodukten zu. Tut es fürs Klima, denn Brot zu backen, ist derartig klimaschädlich, das man das komplett lassen sollte. Nur die nach EU Verordnung in den Verkehr gebrachten Futtermittel können als Garant für Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit noch verzehrt werden. Alles andere ist als äußerst schädlich anzusehen und kann nicht mit gutem Gewissen vor dem Hintergrund der über uns in Kürze hereinbrechenden Klimakatastrophe gegessen werden. Vertrauen Sie nur den von der Regierung empfohlenen Vorgehensweisen, falls nicht: How dare you! Denkt an Greta Thunfisch

aus Ikea! Wir müssen das ab sofort einfach so machen, die Massnahmen sollten auch nicht hinterfragt werden. Folglich sind Selbstversorger von Grund auf abzulehnen, da sie mit ihrer altmodischen Ernährungsweise einen extrem großen Klimafußabdruck in den Staub des ausgedörrten Planeten treten. Nicht nur Kinder sind klimaschädlich, sondern auch das eigene Leben. Bitte machen Sie sich Gedanken, ob sie Ihrem Leben nicht durch den Besuch einer der öffentlich zugänglichen und auch kostenlosen Euthanasiestationen einen klimafreundlichen Sinn geben sollten. Für eine kostenlose Bratwurst vor der anzustreben Klimaretung sowie einer würdevollen,

klimafreundlichen sowie energiesparenden Zeremonie ist ebenfalls in bekannter Weise gesorgt.

Alternativ können Sie natürlich auch den gesunden Menschenverstand benutzen und weiterhin ihr Ding machen, sollten aber nicht vergessen, die im Haus befindliche Atemluftqualitätsmess-technik vorher abzuschalten, um nicht durch unnötige CO₂ Alarmer erschreckt zu werden.

Beste Grüße und viel Erfolg beim Selberdenken, falls Sie noch dazu in der Lage sein sollten.

Autor: Opa Jochen
(Schreiber der Redaktion bekannt)

Die Räumung des geistigen Tretminenfeldes

Haben Sie die Bilder von Silvester in Berlin gesehen? Nein – nicht die von dieser peinlichen Jubelparade im ZDF, sondern von den Böller Randalen in Neukölln. Nicht nur dort, sondern in mehreren deutschen Städten haben vorwiegend „Jungmigranten“ mit Böllern u.a. Polizei angegriffen und Raketen in einen Rettungswagen geschossen.

Auf einigen Videos (zu sehen auf Youtube) brüsten sich die Täter sogar damit. Es wird Zeit, dass wir über Dinge reden, die seit geraumer Zeit unter dem Teppich schwelen. Bei diesen Themen betreten wir ein geistiges Tretminenfeld, das von Politik und Mainstreammedien über die letzten 10 Jahre systematisch aufgebaut wurde. Schon 2015 in der ersten Migrationskrise in Deutschland, galt es als tabu, die Probleme anzusprechen, die durch Migration entstehen. Dieses Tretminenfeld sorgt dafür, dass wir uns z.B. hier zunächst wieder darüber auslassen, dass dies natürlich kein Artikel gegen Migration im Allgemeinen ist und dass es nicht darum geht, Menschen in Not die Hilfe zu verwehren. Es nervt im Grunde gewaltig, immer wieder auf diese Selbstverständlichkeiten hinzuweisen. Sei's drum.

Wir haben hierzulande ein Problem mit Migration und zwar ein fettes. Das Problem ist nicht, dass wir Einwanderer aufnehmen, sondern welche. Auf den Videos zu Silvester ist deutlich zu sehen, dass wir seit geraumer Zeit Menschen in unser Land holen, denen die Werte unserer Gesellschaft nicht nur egal sind, sondern die unsere Werte zutiefst verachten und aus dieser Verachtung auch keinen Hehl machen. Die zugehörigen Zahlen sind für jedermann zugänglich und können überprüft werden. Beim statistischen Bundesamt, bei den zuständigen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Nur dass Politik und Mainstreammedien diese Dinge zum Tabu erklärt haben und, seit nunmehr über sechs Jahren, darüber einfach nicht berichtet wird. Es sind zum Großteil junge Männer eingewandert und keine



Bild: FREEPIK

Familien oder Frauen mit Kindern und schon gar nicht die vielgerühmten Fachkräfte. Diese jungen Männer kommen zum großen Teil aus archaischen Kulturen, die, bei aller Wertschätzung für fremde Kulturen, nichts mit unserem Werteverständnis gemein haben. Da wird zuerst mal auf die Fresse gehauen, bevor jemand gefragt wird. Da setzt sich der körperlich Stärkere durch. Da werden noch Hände abgehackt, es wird die Zunge abgeschnitten oder sogar gemordet – alles im Namen einer sehr zweifelhaften Interpretation einer Religion. Hierzulande wird gerne über Integration geredet. Dummerweise setzt diese Integration voraus, dass sich die zu Integrierenden auch bereitwillig integrieren lassen. Und nun stellen Sie sich mal vor, Sie laufen durch diese Silvester Böller Randalen in Berlin und erzählen den Tätern, sie würden

diese gerne integrieren. Ein lauter Lacher und ein Stinkefinger ist noch das Geringste, was Sie da erwarten dürfen.

Und dann ist da die Frage nach der Kriminalität, die von Migranten ausgeht. Besorgen Sie sich die Zahlen vom Bundeskriminalamt und dann können Sie gerne versuchen, uns zu erzählen, es gäbe kein Problem mit Migrantenkriminalität.

All dies wäre ja einfach zu lösen, wenn wir wenigstens wüssten, wen wir da in unser Land gelassen haben. Aber genau das wissen wir eben nicht. Es findet faktisch keine Kontrolle der in unser Land Einwandernden statt. Und genügend Verrückte schreien auch noch „Keine Grenzen“ und „kommt alle in unser Land – es ist genug für alle da!“. Und dieselben Leute erschlagen jeden mit der Nazikeule, der dazu

lediglich ein paar einfache Fragen stellt. Mittlerweile haben dieses Versagen der Politik und Medien zuhauf Menschen mit dem Leben bezahlt, wenn Irre mit dem Messer durch Innenstädte laufen, wahllos „Ungläubige“ abstechen und „Allahu Akbar“ rufen. Es reicht endgültig, dass uns das Reden darüber förmlich untersagt wird, dass wir hierzulande große Gefahr laufen in bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu landen. Und gehäufte Straftaten tauchen dann auch in beschaulichen und ländlichen Landkreisen auf, wie z.B. der NDR am 26.01.2023 von einer „Messerattacke im Zug von Kiel nach Hamburg: Zwei Tote in Brokstedt“ zu berichten weiß. Dieser Irrsinn kommt langsam auch auf dem berühmten Land an und berührt unser aller Sicherheit. Es wird Zeit, dass wir darüber reden und es wird Zeit, dass wir der Tabuisierung ein Ende setzen und das geistige Tretminenfeld beseitigen.

Aus meiner Sicht ist in diesem Land jeder willkommen, der bereit und in der Lage ist, sich mit unseren Werten zu verbinden und unsere Traditionen zu achten. Wer allerdings hierher kommt und unser Leben und unsere Werte offen verachtet und sogar beseitigen will, den wollen wir und viele andere eben nicht hier in der Nachbarschaft haben. Die Gefahr, die langsam entsteht, wenn dieses Problem nicht endlich angegangen wird und vor allem öffentlich thematisiert wird, ist die, dass irgendwann die Menschen die Dinge selbst in die Hand nehmen. **„Bürgerwehren“ sind noch das Harmloseste, was dabei entstehen kann und diese gibt es vielerorts bereits wieder. Wollen wir das wirklich?**

Autor: Dirk Hüther

„Kollaborateure erschießen wie Schweine“

Die „Daily Mail“ berichtet über den Umgang der ukrainischen Führung mit „Kollaborateuren“. Nach Recherchen der britischen Zeitung haben die ukrainischen Behörden 1.309 Verfahren gegen wegen des Verrats beschuldigte Personen und 450 Strafverfahren wegen Kollaboration eingeleitet.

Laut „Daily Mail“ sind vor Ort oftmals Racheaktionen abgelaufen, die keine Einzelfälle waren und gut organisiert wurden. Auf einer Liste, die der Zeitung von einer Regierungsquelle in Kiew zugespielt wurde, sind 29 Vergeltungsmorde und 13 weitere Mordversuche aufgeführt. Verdächtige, denunzierte Ukrainer oder Russen, können derzeit nicht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren rechnen, so die Aussage eines Beraters des ukrainischen Innenministeriums.

Laut diesem Berater wurde die Jagd auf Kollaborateure ausgerufen: „Ihr Leben ist nicht durch das Gesetz geschützt. Unsere Geheimdienste eliminieren sie und erschießen sie wie Schweine.“

Nach einem Bericht der spanischen Tageszeitung „El Mundo“ sollen mehrere Anschläge auf hochrangige Russland-Unterstützer, etwa Lokalpolitiker in den Regionen Cherson, Saporischschja, Lugansk und Melitopol von Kiew aus koordiniert worden sein. Elon Musk hatte vor Kurzem einen Vorschlag für einen Friedensplan vorgelegt, welcher von der ukrainischen Regierung als zu „russenfreundlich“ aufgenommen und abgelehnt wurde. Daraufhin stellte Musk in Frage, dass er der Ukraine weiterhin sein Satelliteninternet „Starlink“ kostenlos zur Verfügung stellen kann. Für die Organisation „Myrotworets“ (Friedensstifter), Betreiber einer berüchtigten ukrainischen Todesliste, waren dies offenbar Gründe, auch den US-Amerikaner Elon Musk am 14. Oktober kurzzeitig als „Feind der Ukraine“ in ihre Liste aufzunehmen. Die Liste umfasst insgesamt 200.000 Personen, darunter auch 300 Minderjährige!

Wo werden hier nochmal europäische Werte vertreten?

Quelle: PAZ Nr.42 21.10.2022

Autor: Christfried Krause

Bundeskanzler Scholz und sein unermüdlicher Einsatz für die Bevölkerung – Eine Feststellung!



Bild: Freepik

Der überdurchschnittlich hohe, persönliche Einsatz des Bundeskanzlers für das Land und seine Menschen sucht seinesgleichen. Neben Ukraine-Krieg, „Corona-Pandemie“, Inflation und Energiekrise nimmt er sich im Rahmen des Kanzlergesprächs Zeit für einen wertschätzenden Bürgerdialog. So fand die rund 43.000 Einwohner zählende Kreisstadt Gifhorn in Niedersachsen, neben zahlreichen Hauptstädten der Welt, in der jüngsten Vergangenheit Einzug in seinen prallvollen Terminkalender.

Dieser wertschätzende Umgang mit der Bevölkerung ist dem Bundeskanzler sehr wichtig, wie auch auf www.bundesregierung.de zu erfahren ist:

„Dialogreihe in allen Bundesländern: Das KanzlerGESPRÄCH ist eine Reihe von Bürgerdialogen, die der Kanzler in allen 16 Bundesländern führt. Der Bundeskanzler möchte erfahren, was die Menschen in ihrem Alltag bewegt, von ihren Anliegen und Erwartungen an die Politik hören und auf ihre Fragen antworten. Das neue Format gibt ihm die Gelegenheit, im direkten

Austausch seine Politik zu erklären. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entscheiden, über welche Themen und Fragen sie mit dem Bundeskanzler sprechen möchten. Es geht um gegenseitiges Zuhören, Wertschätzung und Offenheit.“

Der interessierten KLARTEXT-Leserschaft steht das ganze Video aus Gifhorn nachfolgend online zur Verfügung: <https://cutt.ly/t9nTvfi>.

Die niedersächsische Grundschullehrerin Sigrun Borkenhagen berichtet vom aktuellen Stand der Digitalisierung in ihrem Schulalltag: „Das sogenannte Dienst-Laptop besitze ich seit vier Wochen. Es ist nicht unser Wunschgerät, denn auf diesem Dienst-Laptop, welches von unserem Schulträger angeschafft wurde, weil es günstiger im Großpack ist, läuft kein Zeugnisprogramm und da läuft auch unser Arbeitsblattprogramm nicht drauf. Das heißt, ich habe nach wie vor meinen Privatrechner für diverse schulische Angelegenheiten in Betrieb. Soviel zum Thema Digitalisierung und Lehrerendgeräte.“

Bundeskanzler Scholz erwiderte: „Ich danke Ihnen, dass sie trotzdem so engagiert sind.“... und lacht! (Quelle: Video der Bundesregierung, Anmerkung der Redaktion KLARTEXT)

Ein Gast aus dem Publikum meldet sich: „Ich habe zwei Themenkomplexe: Ich bin Unternehmer und bitte erschrecken Sie jetzt nicht. Ich habe eine Bäckerei. Aber darum geht es jetzt nicht. Es geht mir um das Thema Bürokratie. Ich habe in letzter Zeit beobachtet, wie viele Anfragen, Anforderungen, Formulare, Richtlinien ich seitenweise reinkriege. Als mittelständisches Unternehmen. Und ich würde gerne wissen, ob es überhaupt eine Chance gibt, diesen Wirrwarr mal zu reduzieren, denn er kostet Geld und die Kosten mindern den Gewinn, und wenn der Gewinn gemindert wird, dann ist es so, dass der Staat weniger Geld kriegt, weniger Steuern kriegt, also sozusagen eine Ausgabe. Und das

zweite ist: Ist der Politik eigentlich immer bewusst, dass der Mittelstand einen Großteil des Gelds erwirtschaftet, das dann auch aufgrund von Forderungen die Politik wieder ausgeben kann? Also die Einnahmenseite... ich weiß, was ich überweise in die Umverteilung und ich höre nur immer Forderungen und ich selber als Unternehmer bin an dem Punkt, wo ich sage, ja also irgendwann wird es nicht mehr oder macht keinen Spaß mehr, und ich glaube, das müssen Sie verhindern und auch die Unternehmer mit einbeziehen, denn die haben die Arbeitsplätze..... Meine Fragestellung war Bürokratie und Unternehmerbehandlung!“

„Also zunächst mal: Toll, dass Sie eine Bäckerei haben. Und ich hoffe, dass wir jetzt mit dem, was jetzt beschlossen ist und dem, was wir morgen auf den Weg bringen werden, auch die Grundlagen dafür schaffen werden, wie wir mit den furchtbar hohen Energiepreisen umgehen können. Neulich kam jemand und sagte: Herr Scholz, ich habe meinen Elektroofen gerade auf einen Gasofen umgestellt“ (...und lacht, Quelle Video der Bundesregierung, Anmerkung Redaktion KLARTEXT) „und da wusste ich gar nicht, wie traurig ich gucken sollte.“ Die weiteren Ausführungen des Bundeskanzlers zu diesem Thema bot er hervorragend in seinen stilsicheren Politikersprech dar. Hier zeigte sich der sonst so kühl wirkende Hanseate als lustiger Zeitgenosse. Diese politische Arbeit ist jedoch sehr anstrengend und hinterlässt auch bei unserem verehrten Bundeskanzler gesundheitliche Spuren. **Das erfahren wir eher zufällig von seinen Aussagen beim Cum-Ex-Ausschuss: „Ich erinnere mich nicht“ und „Meine Erinnerungen werden schwächer“ oder „Ich weiß von den Details nichts“. Das sind stille Hilferufe eines Bundeskanzlers, der aktuell Übermenschliches leisten muss.**

Autor: Martin Müller

„Nie wieder!“

Der Schwur für die Ewigkeit darf in keiner Gedenkrede, an keinem Mahnmal fehlen. Nirgends auf der Welt, so das Versprechen der Deutschen an die Menschheit, wird man besser aufpassen, dass sich Krieg, Verfolgung, Holocaust niemals wiederholen. Die Bürger und Institutionen dieses Landes sind geläutert und wachsam. Unsere Alarmglocken schrillen vor allen anderen.

Ob der deutsche „Nie wieder!“-Seismograph auch bei der Stuttgarter Justiz hochempfindlich eingestellt ist, darf nach den Geschehnissen um die jüdische Komponistin **Inna Zhvanetskaya** zumindest bezweifelt werden. Die 85-jährige Frau soll psychisch krank sein und befindet sich auf der Flucht, nachdem ein Stuttgarter Amtsrichter auf Antrag ihrer Betreuerin ihre Zwangsimpfung gegen Covid-19 angeordnet hat. Der Beschluss wurde inzwischen aufgehoben. Den Schrecken, dass er jemals verkündet wurde, mindert das nicht.

Auch die Bürger- und Grundrechteinitiative Querdenken-711 ist von der Geschichtsvergessenheit, die dieser Fall offenbart, schockiert. Gründer Michael Ballweg, der seit mehr als sechs Monaten in der JVA Stammheim in U-Haft festgehalten wird, schreibt: „Was nützen Sonntagsreden, wenn in Deutschland an jüdischen Menschen wieder gegen ihren Willen medizinische Experimente oder Behandlungen durchgeführt werden sollen?“

Der Fall erregt auch in den Mainstream-Medien Aufmerksamkeit. Allerdings sind es nicht seine hochproblematischen Eckdaten – deutsches Gericht ordnet medizinische Zwangsmaßnahme an jüdischer Mitbürgerin an – die unter anderem das Reichweiten-Portal „T-Online“ auf den Plan rufen. Das gravierendste Problem ist, so T-Online Autor Michael Strö-



bel, dass „Querdenker“ die Geschichte der ukrainischstämmigen Jüdin Inna Z. nutzen, um Vergleiche mit dem Holocaust und mit Auschwitz-Arzt Josef Mengele zu ziehen. Problematisch ist auch, dass die „Querdenker“ mit dem „Verstecken“ die Gesundheit der 85-Jährigen riskieren.

Wieder müssen „Querdenker“ – im Artikel mit journalistischem Gummihandschuh in Anführungszeichen gesetzt – erhalten, um den Fokus der Öffentlichkeit vom eigentlichen Skandal abzulenken. Eine Jüdin ist im Jahr 2023 gezwungen, vor deutschen Behörden zu fliehen, doch das Problem sind sogenannte „Querdenker“, die ihr helfen. – Welcher Chefredakteur gibt so einen Artikel frei?

Die genauen Hintergründe, weshalb sie (die Betreuerin) die Impfung gegen den Willen ihrer

Klientin beantragt hat, bleiben also unklar – heißt es im T-Online-Artikel lapidar – und ebenso die Beweggründe, weshalb das Amtsgericht dem stattgegeben hat. Die Tatsache, dass es für eine medizinische Zwangsmaßnahme an einer hilflosen Person keinen „guten Grund“ geben kann, ist dem Autor offenbar nicht bewusst oder egal. Er prangert nicht Behörden-Willkür und Verstoß gegen Artikel 2 GG, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, an. Sondern empört sich über Menschen, die einer verzweifelten Jüdin helfen!

Spätestens wenn Justiz und Presse gleichzeitig versagen, sollten in Deutschland alle Alarmglocken schrillen. Damit aus „Nie wieder“ kein „Schon wieder“ wird!

Gastautorin: Sonja Lorenz

Verlassen die Ratten jetzt das sinkende Schiff?

In den letzten Wochen hört oder liest man immer wieder Aussagen wie: „Das hat man doch nicht wissen können“, „Hinterher ist man immer schlauer“ usw.

Nehmen wir unseren ehemaligen Gesundheitsminister Jens Spahn. Bei der Vorstellung seines Buches mit dem Titel: „Wir werden einander viel verzeihen müssen“, die Ende September 2022 in der Hauptstadtpresskonferenz von Bertelsmann stattfand, versuchte er eine halbherzige Entschuldigung für seine Corona-Politik. Seine Entschuldigung gelte Familien und Kindern, sie hätten während der Pandemie zu viel leiden müssen. Was aber ist mit alten oder kranken Menschen? Sie wurden isoliert, durften keinen Besuch empfangen, sind oft einsam gestorben, die Angehörigen konnten keinen Abschied nehmen. Hat Herr Spahn dafür eine Entschuldigung? Nein! Die Alten in den Heimen seien immerhin als erste geimpft worden und im Nachhinein sei man immer schlauer, so die etwas gereizte Aussage Spahns.

Etwas weniger genervt aber inhaltlich nicht viel weiter trat Herr Spahn einer Bürgerin, welche als Kinderkrankenschwester aufgrund „der Maßnahmen“ ihren Job verlor, am 22.01.2023 entgegen. Auf einem CDU-Neujahrsempfang im hessischen Groß-Zimmern fragte sie ihn, wie er sich denn angesichts der Ergebnisse seiner „Coronapolitik“ so fühle. Seine Antwort: „Wir lagen nicht immer richtig. [...] Das war eine Zeit in der tatsächlich viel passiert ist, und dann liegt man halt auch manchmal falsch“. Wer ist „WIR“? Wer ist „MAN“? Wann war noch einmal „NICHT IMMER“ oder „MANCHMAL“, Herr Spahn? (Quelle: <https://cutt.ly/29kxCD>).

Ein weiteres Beispiel eines Corona-Hardliners ist Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Zwei Jahre lang gefiel er sich als Anführer des „Teams Vorsicht“, er war regelmäßig der Erste, wenn es um noch härtere Maßnahmen ging. Plötzlich, seit Januar 2022, schlägt er ganz andere Töne an. So sagte er in einem Interview mit dem Merkur: „Ich habe über den Jahreswechsel lange nachgedacht, viele Gespräche geführt – privat und politisch – und aus diesen zwei Corona-Jahren auch tiefe Lehren gezogen.“

Soll das eine Entschuldigung sein? Will er Fehler in seiner Politik einräumen? Ich denke nicht.



Denn direkt im Anschluss schwingt er die Keule gegen „eine kleine Gruppe Querdenker mit sehr abstrusen Argumenten“. (www.merkur.de/16.01.2022)

Wie darf man den Tweet von CDU-Chef Friedrich Merz verstehen, der am 17.11.2022 twittert: „Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört auch die Verantwortung der Menschen im Umgang mit Corona. Ich teile den Alarmismus von Gesundheitsminister Lauterbach nicht...“ War es nicht die CDU unter Merkel, die menschenverachtende Lockdowns, Maskenzwang, Schulschließungen und vieles mehr angeordnet hat? War es nicht die CDU, die hart gegen Spaziergänger und Demonstranten vorging und sie bei Minusgraden mit Wasserwerfern von der Straße fegen ließ? Und dann ist da noch Karl Lauterbach. Eine Entschuldigung wird es von ihm wohl nie geben. Seit seinem Amtsantritt prescht er vor und rudert zurück. Zuletzt beim Thema vierte Impfung, die er (in einem Spiegel-Interview) auch für jüngere Menschen angepriesen hat. Nach der STIKO-Empfehlung, dass die vierte Impfung nur für Menschen ab 70 und bestimmte Risikogruppen sinnvoll sei, „präzisierte“ Lauterbach seine Aussage im ZDF- „heute-Journal“: Er habe nie gesagt, dass alle jüngeren Leute sich impfen lassen sollen. Als allgemeine Handlungsanweisung habe er das nicht gemeint. Im April 2022 widerruft Lauterbach seine Aussage zur freiwilligen Corona-Isolation. Er entschul-

digt sich in einem persönlichen Tweet, nachts um 2:37 Uhr. Aber halten wir uns nicht mit dem „Meister der Kommunikation“ auf. Christian Lindner (FDP) forderte Testpflicht in Heimen, mehr Tempo beim Impfen, regionale 2G-Modelle. Gleichzeitig äußert er, dass es wissenschaftlich gesichert sei, dass Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren unwirksam seien. (ARD-Tagesthemen, 12.11.2021).

Ich wage hier zu behaupten, dass bereits 2020 kein Grund mehr für unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen bestand. Bereits Mitte 2020 war klar, dass für gesunde junge Menschen SARS-CoV2 nicht gefährlicher ist als eine Erkältung. Es war klar, dass Kinder keine Treiber des Infektionsgeschehens sind. Die Risikogruppen waren bereits relativ präzise definiert. Man wusste zu diesem Zeitpunkt, dass das Virus nicht verschwinden, sondern zum viralen Geschehen der kommenden Jahre gehören wird. Man wusste, dass sich das Virus über Aerosole und nicht durch Kontakt mit Oberflächen verbreitet. Trotz diesem Wissen wurden epidemiologisch wirkungslose Lockdowns verhängt, Bildungseinrichtungen, Spiel- und Sportplätze und irrsinnigerweise sogar Parkbänke gesperrt. Diffamierung wurde neuer Volkssport, ethische Grundprinzipien wurden, selbst vom Ethikrat, mit Füßen getreten, Grundrechte wurden missachtet, es wurde bewusst Angst geschürt und Politiker und Pharmaindustrie haben gelogen und sich die Taschen vollgemacht.

Reicht für all diese „Vergehen“ (die Liste ist endlos) eine halbherzige Entschuldigung? Kann man all das überhaupt entschuldigen, obwohl offensichtlich ist, dass die Politik in ihrem Größenwahn noch immer glaubt, alles beherrschen und kontrollieren zu können? Kann man die mangelnde Lernfähigkeit von Entscheidungsträgern entschuldigen? Ist die Propaganda der Medien und so genannter „Faktenchecker“ zu entschuldigen? Ist zu entschuldigen, dass ganze Branchen an den Rand der Existenz gebracht wurden? Ist zu entschuldigen, dass viele Menschen durch all das an Depressionen, Einsamkeit und Suizidgedanken leiden?

Ich sage NEIN! Die Despotie der vergangenen Jahre darf nicht die neue Normalität werden!

Autorin: Sandra Hertweck

Der Staat verdient überall mit!

Bei den dramatischen, massiven Preissteigerungen für Lebensmittel, Heizung, Strom, Sprit, Baukosten, einer Inflation von mehr als 10%, steigender Löhne und Renten, stetig steigender Armut der eigenen Bürger, verdient der Staat massiv mit, ohne dass ein wirtschaftlicher Gegenwert geschaffen wird. Nicht mal für eine dauerhafte Energiesicherheit kann die Bundesregierung garantieren, da diese vorsätzlich alle günstigen Energie- und Rohstofflieferanten für die eigene Wirtschaft und Bevölkerung ausschaltet hat.

Absatzmärkte wurden von heute auf morgen für die deutsche Wirtschaft gecancelt, was noch eine Pleitewelle mit Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Der Mangel an Waren des täglichen Bedarfs zeigt sich in leeren Regalen der Einkaufsmärkte, viel dramatischer als es in der DDR war. Die Produkte lassen an Qualität und Inhalt nach, bei steigenden Preisen. Der Bürger fühlt sich zurecht betrogen! Die von der Regierung angekündigte Preisbremse oder Preisdeckel sind leere Worte, eine Täuschung der Bürger. Im Februar oder März wird es viele Unternehmen nicht mehr geben. Was den Bürgern zurückgegeben wird, ist nur ein geringer Bruchteil der CO2-Steuer und anderer Klimazwangsabgaben, die völlig zweckentfremdet verschleudert werden, mit denen der Krieg in der Ukraine finanziert wird.

Wirtschaftsminister Habeck kann nicht mal den Begriff Insolvenz definieren. Das beweist, dass wir von unfähigen Traumtänzern regiert werden, die sich den wirtschaftlichen Niedergang und die Verarmung breiter Volksschichten, auch die des Mittelstandes, auf die Fahne geschrieben haben. Ganz im Interesse unserer wirtschaftlichen Konkurrenz im Ausland, die nur auf unsere Schwäche wartet, um zu profitieren. Es ist gerade die Bundesregierung, die alle wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft klar vernichtet!



Eine Regierung sollte regulierend eingreifen, im Interesse der Bürger und der Wirtschaft, für Preisstabilität in allen Bereichen, für Rohstoff und Energiesicherheit sorgen. Was aktuell geschieht, ist gerade das Gegenteil, was der Bürger zurecht als Sabotage am eigenen Land wertet. Die Infragestellung unserer kulturellen Werte, die vielen klaren Brüche von Amtseiden unserer Spitzenpolitiker, sind markant für spät-römische Dekadenz. Was danach kam, kann man den Geschichtsbüchern entnehmen.

Autor: Christfried Krause

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „Klartext“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes: Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte Keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein.

Danke!

Wenn die Rechtsauffassung eines deutschen Amtsgerichtes auf einmal dem Genfer Gelöbnis widerspricht

Am 24.11.2022 und 02.01.2023 fand in Weinheim am Amtsgericht die Verhandlung gegen Fr. Dr. Monika Jiang statt. Angeklagt war die Weinheimer Ärztin für das Ausstellen von 4.374 Maskenattesten. Verurteilt wurde sie dafür, alle diese Atteste ohne körperliche Untersuchungen herausgegeben zu haben, auch wenn das Gericht dazu keine Beweisaufnahme erhob. Am Ende des zweiten Verhandlungstages verkündete die Richterin das unglaubliche Urteil von 2 Jahren und 9 Monaten Gefängnis ohne Bewährung plus 3 Jahre Berufsverbot, das (vorläufig) ab sofort gilt. Beide Seiten kündigten Berufung an.

Da es eine öffentliche Verhandlung war, fanden sich bereits am ersten Prozesstag viele Interessierte vor dem Amtsgericht ein, um als Zuhörer dabei zu sein. Jedoch wurden nur sechs (!) Zuschauer hineingelassen. Die wenigen Presseplätze waren für vorselektierte Pressevertreter reserviert.

Auch am Verhandlungstag im Januar durften nur sieben Zuschauer in den Gerichtssaal. Trotz frühzeitiger Anmeldung wurden wiederum die Vertreter der alternativen Medien – darunter auch Chris Barth, der Herausgeber von KLARTEXT Rhein-Main – ausgeschlossen. Dennoch erreichten uns über eine unserer Mitstreiterinnen Informationen direkt aus dem Gerichtssaal.

Diese wiederholte Einschränkung der Öffentlichkeit auf Geheiß der Amtsdirektorin, die gleichzeitig Richterin war, ist kritisch zu sehen, ist doch der Öffentlichkeitsgrundsatz ein elementarer Grundsatz im Strafverfahrensrecht! Die Begründung, dass „Corona nicht vorbei sei“, kann nicht ausreichen, denn die wesentlichen Aspekte sind vom Gesetzgeber geregelt. Eine weitere Einschränkung kann kaum mit Hausrecht begründet werden. Zudem offenbart sich die Richterin mit ihrer offensichtlich zur Schau gestellten Angst vor einer Erkrankung klar als befangen in ihren Entscheidungen. Weitere Aussagen bzgl. der erkrankten Verteidigerin, sowie ein Schild am Eingang des Gerichtssaals, das zum Tragen einer Maske auffordert, bestärken diesen Eindruck.

Inhaltlich wollten sich Staatsanwältin und Richterin ausschließlich mit der angeblich verpflichtenden körperlichen Untersuchung zum Ausstellen der Atteste beschäftigen. Dabei sollten die medizinischen Hintergründe völlig unberücksichtigt bleiben. Diese Linie setzte das Gericht während der gesamten Verhandlung fort und auf dieser vermeintlichen Grundlage fiel auch das Urteil. Dass jedoch ein Attest, welches ohne körperliche Untersuchung ausgestellt wurde, nicht automatisch unrichtig ist, haben bereits das bayrische OLG und

das OLG Zweibrücken festgestellt. Auch der BGH definiert: „... In der Regel ist eine körperliche Untersuchung zur Befundung durchzuführen...“ Was im Umkehrschluss bedeutet, dass es unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen gibt, bei denen diese Untersuchung entfallen kann. Mindestens genau diese Bedingungen wären mit Hilfe von fachlichen Gutachten festzustellen gewesen!

Wie kann das Ausklammern der medizinischen Hintergründe, also aller fachlichen, inhaltlichen und berufsethischen Argumente wie sämtliche Studien (bspw. das 191-seitige Expertengutachten voller interdisziplinärer Überlegungen von Dr. Traindl vom 22.10.2022) zur Effektivität der Masken, bzw. deren schädlichen Wirkungen (z.B. u.a. der Fögen-Effekt), sowie des Genfer Gelöbnis, dem sich jeder Arzt verpflichtet fühlen sollte und welches der Berufsordnung von Baden-Württemberg vorangestellt ist, einer Beweisaufnahme in dem rechtlich notwendigen Rahmen überhaupt entsprechen? Sind nicht bei jeder Beweisführung immer auch die (entlastenden) Umstände zu berücksichtigen? Auf welcher Grundlage soll eine gerichtliche Entscheidung fallen, wenn die sachlichen Argumente ausgeblendet werden?

Das „Netzwerk kritischer Richter und Staatsanwälte“ (Krista) hat bereits am 08.04.2022 einen 40-seitigen Artikel mit dem Titel „Körperverletzung durch Masken? - Zu Fragen der Remonstrations und Strafbarkeit bei der Durchsetzung von Maskenpflichten“ veröffentlicht. Wenn nun der Staat solche potenziell strafbaren und für den einzelnen gesundheitsschädlichen Verordnungen erlässt, sollte dann nicht jeder Arzt seine Patienten nach bestem Wissen und Gewissen vor Schaden bewahren? Genau so steht es doch im Genfer Gelöbnis: „Die Gesundheit und das Wohlergehen meiner Patienten werden mein oberstes Anliegen sein“ und „Ich werde, selbst unter Bedrohung, mein medizinisches Wissen nicht zur Verletzung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten anwenden.“

In der Presseerklärung des Amtsgerichts Weinheim heißt es dagegen: „Hintergrund (für das Ausstellen der Atteste) sei – so die Anklage – die politische Einstellung der Angeklagten, die die gefestigte Ansicht vertreten habe, die zur Einschränkung der Ausbreitung des Corona-Virus durch Bund und Länder erlassenen Gesetze und Verordnungen seien nicht geboten und würden die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger unangemessen einschränken. Insbesondere gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund – Nasen – Bedeckung habe sich die Angeklagte wiederholt öffentlich auf

Demonstrationen gegen die geltenden Corona – Maßnahmen (...) ausgesprochen.“

Auch die Staatsanwältin unterstellt Fr. Dr. Jiang in ihrem Plädoyer die „...Torpedierung der von der Regierung erlassenen Maßnahmen...“ und offenbart damit das eigentliche Vergehen der Ärztin, nämlich gegen die von der Regierung erlassenen Verordnungen, in diesem Fall die Maskenpflicht, zu sein. Wie kann es allerdings sein, dass Verordnungen zum Konflikt mit der Berufsordnung führen?

All diese Aussagen, der formale Ablauf und die Inhalte der Verhandlung, die Verurteilung wegen angeblich 4.374 widerrechtlich ausgestellten Attesten – von denen jedes einzelne zu überprüfen gewesen wäre – die offensichtliche Angst der Richterin, die sie mit Sicherheit in ihrem Urteil beeinflusst hat, die konsequente Ablehnung aller sachlichen, fachlichen, medizinischen und ethischen Argumente, erwecken stark den Eindruck einer politisch motivierten Justiz. (Ein weiterer Artikel von Krista <https://cutt.ly/G9RoBWQ> vom August 2022 beschreibt die politisch gefärbten Dimensionen der Verfolgung von Maskentatbeständen.)

Der acht Seiten umfassende Beschluss zum sofort wirksamen vorläufigen Berufsverbot, in dem die tatsächliche Begründung auf einer knappen Seite zu lesen ist, geht in dieselbe Richtung. Darin heißt es: „(...) die zahlreichen, aus dem Verhalten der Angeklagten resultierenden Sympathiebekundungen der Anhänger der Angeklagten, die sich nicht nur vor dem Gerichtssaal zahlreich versammelten und Sprechchöre erhoben haben, (...) zeigen, dass sich die Angeklagte Dr. Jiang auf einer Art Kreuzzug gegen die Coronamaßnahmen befindet. (...)“

Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Angeklagte Dr. Jiang ohne vorläufiges Berufsverbot ihr rechtswidriges Verhalten fortsetzen und ihre Stellung als Ärztin ausnutzen wird, um ähnlich gelagerte Straftaten zu begehen. (...) Für diesen Fall ist sicherzustellen, dass die Angeklagte nicht erneut ihrer Überzeugung entsprechend die Maßnahmen des Gesetzgebers zur Eindämmung der Corona-Pandemie in ihr möglichem Umfang ad absurdum führt und so ein Gefährdungspotenzial für die Gesundheit zahlreicher Menschen sowie für die Überlastung des Gesundheitssystems setzt, indem sie ihre Stellung als Ärztin rechtswidrig ausnutzt.“

Na sowas! Da hat doch die Ärztin gedacht, die Berufsordnung wäre dem Gesetz vorrangig und es sei wichtiger, sich an diese fachlichen und ethischen Grundsätze zu halten, als den von der Regierung verhängten Verordnungen

zu folgen. Dass die Berufsordnung, auf die sie feierlich gelobt hat, ihr geboten hat, die Gesundheit ihrer Patienten zu schützen und sie von der Pflicht zum Tragen einer gesundheitsschädlichen Maske zu befreien. Die Richterin jedoch verlangt, dass sich Fr. Dr. Jiang an andere Gesetze hält. Was sind das dann für Gesetze, die nicht mit der Berufsordnung konform gehen? Sind das Gesetze, die krank machen?

In der Begründung zitiert die Richterin das komplette alte Corona-Narrativ mitsamt der bereits durch den Bericht der Evaluierungskommission auf der Basis von Paragraph 5 Abs.9 IfSG widerlegten Annahme, die C-Maßnahmen seien wirksam und notwendig. Des Weiteren blendet die Richterin aus, dass das Gefährdungspotenzial für viele Menschen von den Masken selbst ausgeht, dass die Corona-Grippe bereits endemisch ist und auch die letzten Maskenverpflichtungen demnächst fallen werden.

Wie will sie verhindern, dass Menschen die nutzlosen Masken bspw. im Nahverkehr nicht mehr tragen? Spätestens zum jetzigen Zeitpunkt gibt es das Problem, das ihr so präsent erscheint, gar nicht mehr!

Ist sie sich bewusst, dass sie selbst mit der Verhängung eines Berufsverbotes hundert Patienten von Fr. Dr. Jiang gesundheitlich schädigt, da diese auf eine Behandlung durch die ihr vertraute Ärztin verzichten müssen?

Und nicht zuletzt: wo bleibt die Verhältnismäßigkeit, wenn eine Ärztin, die sich dem Wohlergehen ihrer Patienten verpflichtet fühlt, zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis plus sofortigem Berufsverbot verurteilt wird, während Kinderschänder und Vergewaltiger mit 2 Jahren auf Bewährung davonkommen?

In meinen Augen ist dieser Prozess massiv politisch motiviert und soll der Einschüchterung der kritisch- und selbstdenkenden Ärzte dienen. Es geht nicht um das Patientenwohl, sondern darum, dass ein In-Frage-stellen der staatlichen Verordnungen nicht erwünscht ist und sanktioniert wird. Eine Justiz, die so agiert, verliert das Vertrauen der Menschen und delegitimiert sich selbst.

Paradoxerweise bringt der Schlusssatz eines Beitrags des SWR vom 25.11.2022 genau das auf den Punkt: „... ein unüblicher Prozess vor dem AG Weinheim, wo große politische Fragen anhand eines Falls behandelt werden“. Die Bedeutung und Tragweite ihrer kommentierenden Zusammenfassung scheinen die Journalisten des SWR selbst jedoch nicht zu erkennen.

Gastautorin: Dani von der Bergstraße

Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie – Gott sei Dank!



Wissen Sie, für was „IStGH“ steht? Das ist die auf Deutsch nahezu unaussprechliche Abkürzung für „Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)“ oder auf Englisch ICC („International Criminal Court“). An just diesem Gericht in Den Haag wurde vor einiger Zeit eine Strafanzeige eingereicht. Und die hat es in sich!

Zwei Menschenrechtsverteidigern i.S.d. UN-Resolution 53/144 war es nach mehr als zwei

Jahren Recherche und Zeugenbefragungen gelungen, eine internationale Strafanzeige wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ durch die Corona-Schockmaßnahmen gemäß Artikel 7 des Römischen Statuts (RS) einzureichen. Die mit Schwerpunkt auf Haupttäter orientierte Strafanzeige richtet sich gegen mehr als 400 Tatverdächtige/Beschuldigte und unbekannte Täter weltweit.

Ich selbst konnte als Bürgerjournalist von KLARTEXT am 21. Januar 2023 in Wuppertal bei einer Pressekonferenz weitere Details über dieses wichtige Vorhaben erfragen. Die inhaltlichen und formalen Dimensionen des Verfahrens sind beachtlich. Die beiden Vortragenden Verteidiger stellten dar, welche Voraussetzungen vorliegen und welches Labyrinth an Vorgaben beachtet werden muss, damit die völkerrechtlichen Abwehrsysteme des ICC überhaupt in Stellung gebracht werden können.

Kritiker des ICC stellen diesen gerne als „zahnlosen Tiger“ dar, der – wenn überhaupt – nur bei offensichtlichen Kriegsverbrechen aktiv würde. Da weder die USA noch China die Statuten des ICC unterschrieben haben, sind diese beiden Staaten schon einmal „raus“ und dürfen sich selbst vor möglichen juristischen Verfolgungen

sicher wähen.

Dennoch sind Menschen, welche sich aktiv an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt haben, vor Verfolgung keinesfalls geschützt. Zum Beispiel sind die Top-Manager von Pfizer, Moderna oder AstraZeneca griechische oder französische Staatsbürger und somit nicht automatisch raus aus einem möglichen ICC-Strafverfahren.

Nach ihrem Vortrag stellten sich die beiden Verteidiger den Fragen der anwesenden Journalisten. Besonderes Augenmerk galt dabei der Motivation der Anzeige: Neben Abschreckung und der Beendigung der Taten werde natürlich eine Verurteilung der Täter angestrebt. Vor allem dürfe sich ein derartiges Verbrechen nicht wiederholen. Auf die Frage, ob es reelle Chancen für die Verfolgung durch den internationalen Strafgerichtshof gebe, bei welchem es bisher nur in einem Fall zu einer Verurteilung gekommen sei, erklärten sie:

„Bekanntermaßen gibt es beim IStGH Ressourcenprobleme. Daher ist es schwer einschätzbar, wo und wie Den Haag den Hauptschwerpunkt setzen wird. Es ist eher wahrscheinlich, dass sich der Strafgerichtshof selbst auf einzelne Beschuldigte konzentrieren und darüber hinaus

um Amtshilfe bei den nationalen Staatsanwaltschaften bitten wird. Der Fokus könnte auch dorthin gelegt werden, wo wir in unserer Betrachtung gar nicht so tief hingeschaut haben. Mit der Vergabe des Aktenzeichens am 30. Dezember 2022 wurde zumindest deutlich signalisiert, dass die Zulässigkeit der Strafanzeige geprüft wird. Die Aufnahme der Ermittlungen wird in jedem Fall für eine deutliche Abschreckung sorgen und in dem einen oder anderen Land – auch Deutschland – nicht nur zur Beendigung von Taten, sondern im Optimalfall auch zu einbreiten, öffentlichen Diskurs führen.“

Wer sich gerne mit dem genauen Inhalt der Pressekonferenz befassen möchte, welche mit Unterstützung des NRW-Landesverbandes der Partei „Die Basis“ und des Teams von „Beweg Was!“ aus dem Rhein-Main-Gebiet ermöglicht wurde, ist herzlich eingeladen, sich auf unserer KLARTEXT Homepage zu informieren: <https://cutt.ly/29km4M7>.

Denn wie sagte dereinst der römische Philosoph und Forscher Lucius Annaeus Seneca: „Nicht die ans Licht gekommenen Wahrheiten fördern Revolutionen, sondern Wahrheiten, die unterdrückt wurden.“

Autor: Chris Barth

Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft

Im März 2020 habe ich zu einer Freundin gesagt: "Wenn sie in Deutschland Lockdown-Maßnahmen beschließen, dann ist es too big to fail." Also zu groß, um zu scheitern.

Wer sich ein bisschen mit Psychologie befasst, konnte ahnen, dass wir in eine Zeit hineinlaufen, die aus einer fatalen Entscheidung eine desaströse Kettenreaktion auslösen würde. Überraschend war die globale Gleichzeitigkeit, die mehr über die weltweite Vernetzung aussagt, als eine Beweiskraft für die Notwendigkeit der Maßnahmen hat.

Mir erscheinen zwei Thesen als sehr realitätsnah:

1. Die Pharmaindustrie hat ihre Lobbytätigkeiten derart gut perfektioniert, dass die Markteinführung einer neuen Medizintechnik (mRNA) vollständig aus dem Ruder gelaufen ist, weil die Risiken einer totalitären politischen Reaktion nicht prognostiziert worden sind.

2. Es gab Gain-of-function-Forschung, bei der Erreger freigesetzt wurden, deren Gefährlichkeit man erahnen konnte, aber nicht kannte. Dem Zeitgeist folgend wurde dieser vermuteten Gefahr nicht durch Aufklärung der Öffentlichkeit, sondern durch autoritäre Maßnahmen begegnet.

Die Politik war überrascht, wie bereitwillig die Mehrheit der Menschen sich dieser Art von Politik völlig unterordnete und zu Denunzianten, Blockwarten und Hilfspolizisten mutierte.

Politiker konnten sich plötzlich als Macher, Beschützer, Helden fühlen, wenn sie sich in sinnlosen, immer härteren Maßnahmen und Aussagen gegenüber denen, die nicht mitmachen, überboten.

Mit der Maske konnte ein nutzloses aber sichtbares Zeichen geschaffen werden, wer zum Bündel dazugehörte und wer nicht. Sogar in Abstufungen: Community-Masken, medizinische Masken - und für die Gruppenführer, die Meinungsträger - die FFP2-Masken.

Allerdings bauten sie damit ein Narrativgefängnis, aus dem sie selbst nicht mehr flüchten konnten, selbst wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse allen Maßnahmen widersprachen. Professor Dr. Peter Wiedemann beschreibt diese psychologischen Mechanismen sehr nachvollziehbar in der Berli-



ner Zeitung (<https://archive.ph/f7Bdq>).

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten gehofft, dass sie aus den "Lehren von Weimar" einen Neustart für Deutschland beschrieben haben, der eine Machtbalance sichert, die ein Abdriften in Totalitarismus verhindert. Leider haben sie sich geirrt. Die Hoffnung, dass eine unabhängige Justiz im Zweifel auf der Seite des Rechts und nicht auf der Seite der Macht stehen würde, hat sich als trügerisch erwiesen.

Mit der im Grundgesetz nicht vorgesehenen Ministerpräsidentenkonferenz hat sich die vertikale Gewaltenteilung aufgehoben. Die Idee einer dauerhaften Auseinandersetzung und Konkurrenz zwischen Bund und Ländern ist mit den Mitteln der Macht und Angst einer Gleichschaltung gewichen. Die horizontale Gewaltenteilung hat es in dem gewünschten Maße nie gegeben. Richter sind weniger ihrem Rechtsempfinden als ihren Karriereaussichten unterworfen. Karrieren bestimmen aber Ministerien und parlamentarische Gremien.

Die andere Meinung, das Widersprechen, gar

das Querdenken ist zur Gefahr für die Gesellschaft erklärt worden. Wer sich dem Narrativ nicht untergeordnet hat, wurde mit Brutalität aus seiner Komfortzone gerissen. Vom belächelten Spinner zum gefährlichen Staatsfeind. Tatsächlich ist die echte Gefahr die Fäulnis von innen. Die Delegitimierung des Staates kommt von denjenigen, die Regierungs- und Maßnahmenkritiker als „Delegitimierer“ diffamieren:

- Mit jedem weiteren Tag, an dem ein Michael Ballweg ohne ein echtes rechtliches Gehör in Haft sitzt, delegitimieren die handelnden Organe diesen Staat.
- Mit jedem Urteil gegen Ärzte, die Atteste ausgestellt haben, delegitimieren die handelnden Organe diesen Staat.
- Mit jedem Urteil, in dem Versammlungsleiter und Spaziergänger verurteilt werden, delegitimieren die handelnden Organe diesen Staat.
- Mit jedem Urteil, das Menschen kriminalisiert, die sich durch Atteste oder Impfbescheinigungen schützen wollten, delegiti-

mieren die handelnden Organe diesen Staat.

Das Beste, was es für uns Menschen gibt, sind die Grund- und Menschenrechte. Wir brauchen allerdings eine Gesellschaftsstruktur, in der diese auch ge- und beachtet werden. Diese große Aufgabe anzugehen ist das Ziel des Zentrums zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen (ZAAVY).

Hier kann jeder - im Rahmen einer Fallersfassung (<https://cutt.ly/89WHOPP>) - seine Erlebnisse der letzten fast drei Jahre schildern und dazu beitragen, dass die Taten und Täter historisch und juristisch erfasst werden und die Opfer nicht in Vergessenheit geraten.

An dem Zentrum kann sich jeder als Fördermitglied (<https://cutt.ly/K9WHFbD>) beteiligen und dadurch u.a. die Mitglieder des Stiftungsrats mitbestimmen.

Viele der Leserinnen und Leser dieser Bürgerzeitung haben Unterdrückung und willkürliche Maßnahmen erlebt. Jetzt kann jeder Teil dieses einzigartigen Projekts werden und an der Aufarbeitung und Aufklärung sowie an der Erfassung der Taten mitwirken.

Jeder von uns kann sich seine Würde und seine Selbstbestimmung wieder zurückholen und sich - wie der Philosoph Theodor W. Adorno es ausdrückte - weder von der eigenen Ohnmacht noch von der Macht der Anderen dumm machen lassen.

Wir haben erheblich mehr Wirkmacht als die Meisten glauben, wenn wir uns zusammenschließen.

Gastautor: Ralf Ludwig, Rechtsanwalt



Zur Fallersfassung (<https://cutt.ly/89WHOPP>)



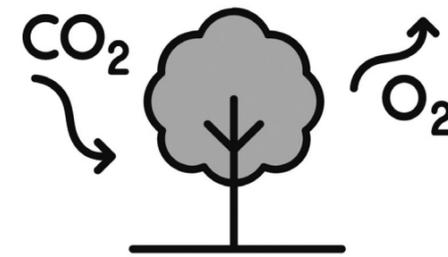
Zur Fördermitgliedschaft (<https://cutt.ly/K9WHFbD>)

Umweltkiller FCKW, CO2, Methangas und Klimaaktivisten

In den 1980er Jahren war FCKW der Ozonkiller. Moderne Technik und Weiterentwicklung boten neue Alternativen. Das Ozonloch schloss sich allmählich. Die Welt war in Ordnung, den Bürgern wurde kein schlechtes Gewissen indoktriniert und die Wirtschaft florierte. Seit einigen Jahren ist alles anders. Um die deutschen Bürger auszupressen und Ängste zu schüren, hat die Politik mit dem Klimawandel und den Klimaaktivisten die Bürger fest im Würgegriff. Nach der Finanzkrise 2009, der Flüchtlingskrise 2015, mit Corona 2020 und dem vom Westen nachweislich beförderten Ukraine-/Russlandkrieg sollen die Deutschen aus dem gemachten Krisenmodus nicht mehr herauskommen und gefälligst für alles zahlen. CO2 und Methangas, die großen Umweltkiller bzw. Klimawandler, sind die nächste Stufe, den Bürger zu knebeln. Die wissenschaftlichen Nachweise hierfür halten keiner grundlegenden Überprüfung stand, das beweist die öffentliche Anhörung der Sachverständigen vom 12.10.2022 im Deutschen Bundestag. **Kohlendioxid und menschliche Verbrennung**

haben keinen nennenswerten Einfluss auf das Klima!

CO2 ist wichtig für die Photosynthese, wo CO2 in lebenswichtigen Sauerstoff umgewandelt wird, zum Beispiel in Wäldern, Parks und Grünanlagen. Doch gerade unsere Wälder werden für Windparks abgeholzt, Flächen zugepflastert, Radwege asphaltiert. Wie pervers ist das: Über die Abholzung im Regenwald wird protestiert, aber nicht gegen die Abholzung in deutschen Wäldern! Das wird dem Bürger als umweltfreundlich verkauft! Neuerdings geht es um Methangas, womit man die Landwirtschaft erneut in den Würgegriff genommen hat und diese stranguliert. Der Landwirtschaft wird vorgeworfen, dass Rinder Methangas erzeugen, das die Umwelt schädigt. Vulkanausbrüche verursachen ein Vielfaches an Methangas, was die Natur wieder reguliert. Seit tausenden von Jahren gibt es die Landwirtschaft mit Nutztieren zur Versorgung von Menschen als Nahrungsquelle mit tierischen Fetten, Eiweißen und Eisen. Grundlegende Energieträger für den menschlichen Organis-



mus und deren Weiterentwicklung sind Fleisch und Milchprodukte, die faktisch zur gesunden Ernährung unabdingbar sind. Diese sollen erst reduziert, damit bewusst verteuert werden und dann nur noch für Bürger, die wohlhabend sind, zugänglich sein. All das liegt bereits in der Schublade der grün/schwarzen Landesregierung. Wer bleibt auf der Strecke? Der normale Bürger. Wem schadet man damit? Dem Bürger, der seine Leistung in der Familie und am Arbeitsplatz erbringen muss.

Unsere Gesellschaft wird hier manipuliert und umgebaut zur Leistungsunfähigkeit, gesund-

heitliche Mangelerscheinungen bis hin zur Krankheit sind die Folge. Die Pharmaindustrie freut sich über den massenhaften Absatz von Nahrungsergänzungsmitteln und Medikamenten mit geringerer Wirkung. Es ist unglaublich, wie sich eine Wohlstandsgesellschaft so manipulieren lässt, ohne wirklichen Widerstand zu leisten und aufzubegehren! Unsere Klimaaktivisten vernichten in ihrem Wahn und ihrer Aggression Bilder in Galerien (Kulturgüter). Umweltaktivisten als „letzte Generation“ behindern Rettungswägen für Unfallopfer, die erste Hilfe leisten und Leben retten.

Mein tiefstes Unverständnis für alle Politiker, die das verheimlichen und herunterspielen. Hier erwarte ich als Bürger die ganze Härte unserer Gesetze. Das sollten uns Menschenleben wert sein - ohne Wenn und Aber! Für mich als ehemaligen DDR-Bürger endet hier ganz klar jegliche Toleranz! In der DDR wäre das als Sabotage an der Gesellschaft viel härter geahndet worden als hier und das zu Recht!

Autor: Christfried Krause



Frühlingserwachen für mehr Menschlichkeit
01.04.2023 - Bahnhofsplatz - Göttingen

13:00 Uhr Kundgebung
14:00 Uhr Aufzug durch die Innenstadt

Für Friedensverhandlungen, statt Waffenlieferungen
Für bezahlbare Energie- und Lebensmittelpreise
Für Bargelderhalt
Für Politikerhaftung

#g0104 - #fruehlingserwachenfuermenschlichkeit - https://t.me/fruehlingserwachen_0104

Grundsteuerreform: Die Last mit der Reform

Um eine Unklarheit bei der Vielzahl von aktuell diskutierten Themen vorweg klar zu benennen: Der Lastenausgleich wird nicht dazu benötigt, um die Lasten der Grundsteuerreform auszugleichen. Eher das Gegenteil ist der Fall!

Aber im Ernst; die Anzahl von Reformen, Änderungen, Anpassungen und Neuerungen in vielen Bereichen, die nicht nur Unternehmen sondern auch die privaten Haushalte betreffen, ist schier unbeschreiblich. Wenn man gerade auch bei Unternehmern, Selbstständigen und Freiberuflern nachfragt, stöhnen alle über die überbordende Bürokratie. Immer mehr Regelungen zwingen die Unternehmen Dinge zu regeln, die mit dem eigentlichen Tagesgeschäft nichts zu tun haben.

Das hat System. Auch in den Bereichen die die Bürger direkt betreffen, müssen immer mehr Auflagen, Vorschriften, und Regeln beachtet werden. Ein Thema hier: die anstehende Grundsteuerreform. Mit dieser Reform werden Eigenheim- und Wohnungsbesitzer ab 2025 deutlich stärker belastet. Hintergrund dieser Reform sind mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018, in dem nach dem Urteil der Verfassungsrichter die bisherige Berechnungsgrundlage nicht gerecht sei, da sie den Gleichheitsgrundsatz verletzt und somit verfassungswidrig ist und die Grundsteuer neu berechnet werden muss. Daher haben sich Bund und Länder auf eine Grundsteuerreform verständigt in dessen Konsequenz seit Beginn des Jahres 2022 alle Grundstücke im gesamten Bundesgebiet neu bewertet werden müssen.

Der Gesetzgeber hat es seit der deutschen Wiedervereinigung nicht geschafft, die Berechnung der Grundsteuer bundeseinheitlich

zu regeln. Aktuell werden für die ostdeutschen Bundesländer zur Berechnung der Grundsteuer die Werte aus dem Jahr 1935 herangezogen. In den westlichen Bundesländern gelten als Basis die Werte von 1964. Bei den für die Grundsteuer genutzten Einheitswerten beruhen die Daten ebenfalls auf der Grundlage dieser unterschiedlichen Jahreszahlen.

Nun ist Deutschland nicht unbedingt dafür bekannt, einfache Lösungen anzustreben. Als Grund wird hier gern der Föderalismus als Grund genannt. Deshalb wird es keine deutschlandweit einheitliche Berechnung der Grundsteuer geben. Neun Bundesländer haben sich hier für das sogenannte Bundesmodell entschieden -auch sogenanntes Scholz-Modell-, zwei Bundesländer wenden das Bundesmodell mit Abweichungen an und fünf Bundesländer haben eigene Grundsteuergesetze erlassen.

Grundsätzlich hätte die Bundesregierung durchaus die Möglichkeit gehabt, eine bundeseinheitliche Lösung vorzugeben. Natürlich wären auch hier wieder „Ungerechtigkeiten“ vorprogrammiert, da die verschiedenen Bundesländer allein von ihrer Bebauung, der Infrastruktur und der Einwohnerzahl sehr heterogen sind. Genau deshalb scheiterte dies an dem Veto von bestimmten „Landesfürsten“.

In Niedersachsen hat der Landtag ein Gesetz verabschiedet, das die Umsetzung eines Flächen-Lage- Modells regelt. Es basiert auf dem bayerischen Modell, erweitert um eine Lage-Komponente. Gut, da geht noch was; Bundesregelung ja, aber die Höhe der Steuermesszahlen weichen ab, eigenes Landesgesetz zur Ermittlung der Grundsteuer für das Grundvermögen nach einem modifizierten

Bodenwertmodell und noch ein äquivalenzbasiertes Modell mit Wohnlagenberücksichtigung (Wohnlagenmodell). Mir persönlich imponiert am meisten das letzte Modell, allein das Schreiben bzw. die Aussprache erfordert schon ein gewisses Maß an Konzentration. Und um Sie als Leser nicht zu langweilen, kurze Quizfrage: Welches Bundesland hat sich wohl für die letzte Regelung entschieden. ? Sie können recherchieren, für Bequeme wird die Frage am Ende des Artikels beantwortet.

Also eines kann man den Parlamentariern nicht nachsagen; fehlender Einfallsreichtum und Flexibilität. Genau mein Humor. Wir erinnern uns, das genau aus dem Grund, das die bisherige Berechnungsgrundlage nicht gerecht sei, das Urteil der Verfassungsrichter die bisherige Berechnungsgrundlage „gekippert“ hat. Was nun aber umgesetzt werden soll ist wieder ein „Flickenteppich“ von unterschiedlichen Modellen, die von Juristen schon im Vorfeld als anfechtbar eingeschätzt werden. Schon jetzt laufen Eigentümer-Verbände, Bund der Steuerzahler Baden-Württemberg Sturm gegen die Neuregelungen. Auf der Plattform openpetition.de können für die Bundesländer, die das Bundesmodell anwenden, Petitionen unterzeichnet werden.

Der Bund der Steuerzahler und der Verband Haus & Grund planen ein Musterverfahren gegen die Bewertung bei der Ermittlung des Grundsteuerwertes im Bundesmodell. Verfassungsrechtler halten das Grundsteuergesetz des Bundes und das Modell Baden-Württembergs für verfassungswidrig. Beste Voraussetzung für das Bundesverfassungsgericht, wieder aktiv zu werden. Ist das Unfähigkeit, Naivität, Arroganz oder eine Mischung aus

Allem ? Abgesehen von den Kosten in nicht unerheblichem Maße, die wieder dem Steuerzahler aufgebürdet werden.

Mit der Reform wird es Prognosen von Fachleuten und Verbänden zufolge zu deutlichen Kostensteigerungen vor allem für Hauseigentümer in Ostdeutschland kommen. Von der Grundsteuerreform sind rund 36 Millionen Grundstücke sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland betroffen. Bis zum 31. Januar 2023 mussten die Eigentümer ihre Grundsteuererklärung abgeben haben. Die Frist wurde um drei Monate verlängert, da zum ursprünglichen Stichtag am 31. Oktober 2022 nicht genügend Grundsteuerklärungen abgegeben wurden.

Neben den oben geschilderten Bedenken kommt hinzu, das mit der Umsetzung der Grundsteuerrechtsreform entgegen der Besteuerungen aus Regierungskreisen erhebliche Steuererhöhungen verbunden sein werden. Aber dies ist nur ein Baustein von vielen, mit denen die Bürger Stück für Stück ärmer werden und der aufgebaute Wohlstand von mehreren Generationen vernichtet wird. Als Strategie versucht der Autor sich systematisch das „Scholz-Modell“ zu verinnerlichen und anzuwenden; einfach nicht erinnern, dann weiß man auch nicht was man verloren hat.

Auflösung zur Quizfrage: Hamburg

Autor: Andreas Schulz

Quellen: <https://kommunal.de/grundsteuer-erhoehungen-petition-gestartet> <https://kommunal.de/grundsteuer-verfassungswidrig-klage> <https://www.anwalt.de/rechtstipps/grundsteuerreform-was-ist-bei-den-zu-erwartenden-3-bescheiden-zu-beachten-207604.html>

Punkt, Punkt, Komma, Strich: Gender*sternchen ohne mich

Immer mehr Firmen, Institutionen, Dienstleister und ein Großteil der Medienlandschaft gendert mittlerweile. Dabei zwingen sie dies ihren Kunden und Konsumenten ungefragt auf, ohne die Option, es abzuwählen. Es ist kaum noch möglich, sich diesem Wahn zu entziehen. In einigen Firmen werden Angestellte sogar von ihren Vorgesetzten zum Gendern im Schriftverkehr gezwungen. Abgesehen von dieser haltlosen Übergriffigkeit gibt es ein paar Dinge, die ich nicht verstehe:

Einige Gender-„Verfechter*innen“ argumentieren, dass die Worte, um die es sich handelt, in ihrer Grundform überwiegend männlich seien und dies wäre ungerecht. Dem ein oder anderen wird geläufig sein, dass „die Sonne“ im französischen einen männlichen Artikel und „der Mond“ einen weiblichen hat. Ich verrate Ihnen jetzt ein Geheimnis: Die Vollmond, die Franzosen vom Schlaf abhält, ist der gleiche Vollmond, der Deutschen den Schlaf raubt. Der Sonne, der über Frankreich strahlt, ist die gleiche Sonne, die über Deutschland lacht. Der Artikel ändert nichts an der Identität der Dinge. So sind wir alle Menschen. Manche von uns sind Männer, manche Frauen, andere definieren sich nicht oder anders über ihr Geschlecht. Ich weiß, dass ich ein Mann bin und ich fühle mich auch als Mann. Ich benötige keine Bestätigung von außen um zu wissen, wer ich bin. Ich wünschte mir, mehr Menschen wären so gefestigt in ihrem Sein und würden sich nicht durch das grammatikalische Geschlecht von Worten beeinflussen lassen.

Einige Gender-„Verfechter*innen“ argumentieren, Gendern sei inklusiv. Nun leben wir in einer Welt, in der es mittlerweile mehr Geschlechter als Sand am Meer zu geben scheint. Verstehen Sie mich nicht falsch. Von mir aus darf ein jeder nach seiner Fasson leben. Jedoch wundert es mich, dass man unter diesem Aspekt in der deutschen Sprache permanent auf den kleinen, aber feinen Unterschied zwischen Mann und Frau hinweisen möchte. Schauen wir uns ein Beispiel an: „Sehr geehrte Kund*innen.“ Was ist bitte ein „Kund“? Wie spricht dies non-binäre Personen an? Wo liegt bitte der Mehr-

wert? Früher, also über Jahrhunderte hinweg, war man sich noch einig, dass mit „Kunde“ alle Menschen gemeint sind, die Kunden sind. Auch heute noch schafft die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung die Transferleistung, dass Kunden sowohl männlich als auch weiblich sein können. Ebenso kann ein Kind, dem im Deutschen der Artikel „das“ (Neutrum) vorangestellt wird, Kunde sein. Deutlicher wird dies am Beispiel „Patient*in“. Patienten können nicht nur Menschen sein, auch ein Tierarzt hat Patienten. Es wäre absolut sinnfrei, in diesem Kontext von Pferde-Patienten, Hunde-Patienten, Wellensittich-Patienten etc. zu sprechen, oder? Gendern ist meines Erachtens nicht inklusiv, sondern exklusiv: Der Begriff „Patient*in“ beschränkt sich auf zwei mögliche Arten von Patienten, während der Begriff „Patient“ schon immer alle möglichen Patienten inkludiert.

Einige Gender-„Verfechter*innen“ argumentieren, Gendern schaffe mehr Gleichberechtigung. Da kann ich persönlich nur lachen. Eine Frau, die also nun mehr verdient, weil der Chef gendert? Weil auf der Gehaltsabrechnung „Sehr geehrte*r Mitarbeiter*in“ steht? Ein Ostdeutscher, der nun mehr verdient, weil wir von „Liebe Ost- und Westdeutsche“ sprechen? Vielleicht wird mit diesem überspitzten Beispiel auch noch mal die Spaltung deutlich, die hier meines Erachtens betrieben wird. Alles muss anscheinend – und damit eben auch über die Sprache – gespalten werden: Arme und Reiche, Ukrainer und Russen, Geimpfte und Ungeimpfte, Querdenker und Schlafschafe, Frauen und Männer. Wie wäre es mit Menschen? Und zwar nicht Mensch:innen, sondern Menschen. Alles einzelne, einzigartige Individuen, die sich durch ihr Menschsein gleichen, die über ihr Menschsein miteinander verbunden sind? Wäre das nicht mal eine Revolution zurück zur Vernunft? **In diesem Sinne: Bleiben Sie wer Sie sind und lassen Sie sich nicht durch die Verunstaltung der deutschen Sprache in ihrem Sein verunsichern.**

Gastautor: Lutz aus Frankfurt/Main

Weltgesundheitsorganisation WHO schafft Grund- und Menschenrechte ab: Und führt stattdessen einen neuen ICD-10 Code für „Ungeimpfte“ ein!

Waren sie schon einmal im schönen Genf? Nein, dann wird es Zeit! Die dort ansässigen supranational agierenden Organisationen schicken sich nämlich unbehelligt von der Öffentlichkeit gerade an, das Wertegerüst der Menschheit auf den Kopf zu stellen. Glauben Sie nicht? Ich zunächst auch nicht. Doch ich konnte mir vor kurzem aus einem „geleakten“ WHO-Papier unter „Artikel 3 Grundsätze“ folgende Zeilen (dankenswerterweise im Änderungsmodus verfasst) zu Gemüte führen:

„Die Durchführung dieser Verordnungen erfolgt unter ~~uneingeschränkter Achtung der Würde, Menschenrechte und Grundfreiheiten von Personen auf der Grundlage der Grundsätze der Gleichheit, Inklusivität und Kohärenz und in Übereinstimmung mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten der Vertragsstaaten unter (?) Berücksichtigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.~~“

So einfach geht das also: Einfach mal die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte und Grundfreiheit aus den eigenen Statuten LÖSCHEN und durch neuartige, schwammige und durchaus auch eugenisch zu wertende Schwurbelphrasen ERSETZEN. Fertig! Aber es kommt noch besser! Still und heimlich wurde durch die WHO auch gleich ein neuer, medizinischer Diagnosecode eingeführt – genannt **„ICD-10 Code“**. Normalerweise werden damit medizinische Krankheitsbilder statistisch erfasst. In diesem Fall geht es aber nicht um die Erfassung von Krankheiten, sondern um die „Kennzeichnung“ von Ungeimpften. Glauben Sie nicht? Habe ich auch erst nicht geglaubt. Aber nach drei Jahren „Pandemiespiel“ hat mein Vertrauen in die Ärzteschaft, deren Ständevertretungen und Organisationen wie die WHO ja etwas gelitten! Es scheint tatsächlich so zu sein, als würden unsere Ärzte jetzt für die Regierung arbeiten: Sie werden dazu angehalten, mehr Fragen über Ihren Impfstatus zu stellen. Und die Regierung entscheidet darüber, ob Ärzte finanzielle Auszahlungen erhalten. Ist das nun ein weiterer Versuch Ärzte „zu kaufen“,

nachdem das Geld mit dem Impfen nicht mehr so ganz dolle fließt? Siehe hier: <https://cutt.ly/I9RohPT>.

Diese Codes können demnächst auch erfassen, WARUM man Injektionen von BigPharma ablehnt. Ein weiterer massiver Eingriff in die Privatsphäre und in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Sollte Ihr Arzt also künftig Fragen stellen, die nichts mit Ihrem Gesundheitsproblem zu tun haben, dann wissen Sie Bescheid!

Und wem das alles immer noch nicht reicht, dem sei zum Schluss noch die neueste Enthüllung aus dem Hause #PFIZER empfohlen. Unseren Kollegen von #ProjectVeritas ist es mal wieder gelungen, einen der Pharmamanager, diesmal traf es Jordan Trishton Walker, mit versteckter Kamera zu filmen. Darin hört man ihn sagen, dass es fortlaufende Gespräche bei Pfizer über die Entwicklung von „COVID-Mutationen“ gibt, damit weiterhin Impfstoffe für Varianten, die in der Natur vorkommen könnten, „präventiv entwickelt“ werden können. Konfrontiert mit seinen eigenen Aussagen, erfährt der fassungslose Zuschauer, dass er sich das alles nur ausgedacht haben will, um „sein Date“ zu beeindrucken. L-Ü-G-E-N, werden Ihnen wieder einmal präsentiert von: B-I-G-P-H-A-R-M-A. Siehe hier: <https://cutt.ly/w9Ri6ux>.

Und wieder fällt mir zu diesem realsatirischen Wahnsinn nur ein Zitat des römischen Philosophen und Forschers Seneca ein: **„Vor nichts muss man sich mehr hüten, als dass man wie das Herdenvieh den Vorangehenden nachlaufe.“**

Autor: Chris Barth



Keine Schwurbler

Kennen Sie – außer unserer Bürgerzeitung KLARTEXT Niedersachsen - bereits andere, alternative Medien, in denen Sie eine andere Sicht auf die Dinge lesen/sehen/hören können, um sich ein vollständigeres Bild davon zu machen, wie die Fakten wirklich sind?

Wir haben für Sie eine kleine Präsentation von anderen Medienformaten zusammengestellt. Behalten Sie wieder im Auge, dass die alternativen Medien niemals den Anspruch haben, Ihnen die einzige Wahrheit zu verkaufen, wie Sie es im Mainstream gewohnt sind. Betrachten Sie immer alle Seiten und machen Sie sich ein eigenes Bild.

„**Anti Spiegel**“ – hierbei handelt es sich um einen Nachrichtenblog, der sich hauptsächlich mit den Vorgängen in und um Russland beschäftigt. Derzeit beleuchtet der Anti Spiegel natürlich ganz intensiv die Situation in der Ukraine. Der Macher heißt Thomas Röper und lebt als Deutscher in Russland – in St. Petersburg. Im letzten halben Jahr war er vielfach in den Kriegsgebieten in der Ukraine unterwegs und kennt die Situation vor Ort dadurch besonders gut; im Gegensatz zu sämtlichen Mainstreamjournalisten, die glauben, sie könnten von Berlin aus (oder vielleicht auch aus Moskau) faktenbasierte, brauchbare Informationen über die Lage in der Ukraine berichten. In der Ukraine sind keinerlei Journalisten der etablierten Medien vor Ort, auch wenn der ein oder andere Sie das glauben machen will. Thomas Röper liefert Ihnen ein Bild von Russland und der Ukraine-Krise, das Sie vermutlich nicht kennen und das Sie ganz sicher überraschen wird.

„**NachDenkSeiten**“ – Die Nachdenkseiten wurden gegründet von Albrecht Müller. Albrecht Müller war ein früherer Weggefährte von Willy Brandt (er war u.a. Planungschef im Kanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt). Er selbst saß auch als Abgeordneter für die SPD im Bundestag. Wer sich alternativen Medien nähern will und noch Berührungssängste hat, weil die alternativen Medien so gerne als „rechts“ diskreditiert werden – bei den Nachdenkseiten sind Sie sicher. Dort finden eher „links“ orientierte Interessenten einen Einstieg in die Welt der alternativen Medien.

„**Auf1**“ – Auf1 ist ein Medienformat, das ähnliche Angebote wie ein herkömmlicher Fernsehsender im Bereich Nachrichten liefern will. Allerdings hat Auf1 keine Sendelizenz und kann demzufolge nur über das Internet geschaut werden. Auf1 kommt aus Österreich und liefert vor allem jeden Abend zur gleichen Zeit wie die Tagesschau eine wirklich ernstzunehmende Nachrichtensendung. Gerade in Bezug auf die Aufklärung über die Coronakrise und vor allem das Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Impfung, sticht Auf1 mit Dokumentationen hervor. Sehr lohnenswert.

„**Tichys Einblick**“ – dieses Nachrichtenportal wird von dem Journalisten und Publizisten Roland Tichy betrieben. Tichy war unter Helmut Kohl Mitarbeiter im Planungstab des Kanzleramts und damit ein enger Vertrauter von Helmut Kohl. Tichy war Journalist in verantwortlichen Positionen (auch Chefredak-

teur) von Veröffentlichungen wie der Wirtschaftswoche sowie Capital und er schrieb sogar für Bild am Sonntag. Tichy ist sicher frei vom Vorwurf irgendwelcher Tendenzen, außer dass er bekennender Konservativer ist. Er betreibt sowohl einen online Nachrichtenblog mit dem Namen „Tichys Einblick“ als auch einen Videoblog auf Youtube mit dem Namen „Tichys Ausblick“, auf dem es sehenswerte Interviews gibt.

„**Reitschuster**“ – der Nachrichtenblog reitschuster.de ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass die Menschen, die sich regierungs- und/oder staatskritisch äußern und u.a. in den letzten zwei Jahren gegen die Coronamaßnahmen demonstriert haben, keine homogene Masse sind. Zu einigen Themen (vornehmlich die Ukraine-Krise) bewegt sich Reitschuster auf anderen Pfaden als die beschriebene „Bewegung“. Reitschuster war u. a. 20 Jahre lang beim Focus und dort Korrespondent in Moskau. Bekannt wurde er durch seine Fragen während der Bundespressekonferenz. Wenn Sie seine Videos schauen, werden Sie sehen, mit welchen perfiden Maßnahmen versucht wurde, ihn zum Schweigen zu bringen. Seine gesamte Berichterstattung zu Corona ist eine Dokumentation von Lügen, Propaganda, Hetze, Zensur, Fehlentscheidungen und Inkompetenz der Regierung oder besser der Politik und der Mainstreammedien. Reitschuster ist ebenfalls frei von jeglichem Vorwurf tendenziös zu berichten.

Zu guter Letzt empfehlen wir Ihnen einige Youtube-Kanäle, die sich lohnen – vor allem in Bezug auf internationale Themen wie die Ukraine-Krise, aber auch mit Blick auf die Vorgänge in den USA, von denen Sie hierzulande sonst nichts erfahren. Wenn Sie z.B. immer noch nicht wussten, dass Joe Biden einfach schwer demotiviert ist (und das sieht ein Blinder mit Krückstock) und damit ein nicht mehr zu rechnungsfähiger, seniler Tattergreis am roten Knopf sitzt und über das Schicksal der Welt mitentscheidet, dann wird es Zeit, sich damit zu beschäftigen. Die von uns empfohlenen Kanäle sind allerdings beide in Englisch. Wobei Youtube den Inhalt dort auch mit ins Deutsche übersetzten Untertiteln anbietet.

„**Tucker Carlson Tonight**“ – ist ein Format sogar aus dem Mainstream (Fox News). Tucker Carlson redet seit über zwei Jahren auch Klartext – vor allem im letzten halben Jahr in Bezug auf die Ukraine-Krise.

„**Redactet**“ – ist ein Youtube-Kanal, der von zwei ehemaligen Mainstreamjournalisten gemacht wird (ein Ehepaar). Die beiden senden aus Portugal und sind jeden Abend ab 22:00 MEZ live auf Youtube zu sehen. Falls Sie also abends mal kein gutes Fernsehprogramm finden (was mittlerweile der Normalfall sein dürfte), schauen Sie doch einfach mal in den Livestream der Beiden.

„**KlardenkenTV**“ – ist ein Youtube- und Odyssee-Videokanal. Berichtet wird von Veranstaltungen, Kundgebungen und Spaziergängen via Livestream. Abgerundet wird das Programm durch Interviews und Gesprächsrunden zu aktuellen Themen.

Autor: Dirk Hüther

Warum wir immer noch auf die Straße gehen

- **Wir recherchieren und hinterfragen - seit fast 3 Jahren oder schon länger.**
- **Wir möchten ein demokratisches Leben in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde führen - und sind bereit, dafür aktiv zu werden.**
- **Wir bauen Netzwerke auf, um uns in Krisensituationen zu unterstützen.**

Unsere Gesellschaft steht auf dem Kopf: Statt den Menschen dienen Politik und Wirtschaft immer mehr Großkonzernen und supranationalen Organisationen, welche Macht anhäufen und global oberhalb der Staaten agieren - Gesundheit und Medizin werden zur Ware - Die Ungleichheit wird immer größer - Es werden Gesetze verabschiedet, welche die Demokratie aushöhlen und den Meinungskorridor immer mehr einengen - Wir erleben

zu diversen Themen (Kriegs-)Propaganda und Panikmache, die unsere Gesellschaft spaltet. Bitte recherchieren Sie selbst, z.B. bei www.richtig-informieren.de/!

Wir fordern von der Politik:

- **Eine gerechte Bewirtschaftung unserer Ressourcen für alle Menschen in Deutschland, im Einklang mit Natur und Tierwelt, Menschlichkeit und Ehrlichkeit.**
- **Eine neutrale Berichterstattung zu gewährleisten, multiperspektivisch & investigativ.**
- **Runde Tische in unseren Kommunen einzurichten zu den Themen gesellschaftliche Zukunftsgestaltung, regionale Zusammenarbeit und Krisenprävention.**
- **Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zu**

Impressum / Redaktion:

P. Reindl, A. Schulz, S. Niemeyer, H.-M. Müller, D. Hüther, C. Krause, S. Hertweck, S. Semmler, Ch. Barth
Grafik, Layout: K. Hamberger, K. Fornoff

Herausgeber: S. Niemeyer, P. Reindl, A. Schulz, c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden
Auflage: 15.000+ / Erscheinungsweise: offen

Sie möchten unsere Bürgerzeitung unterstützen?

Liebe Leserinnen und Leser,

danke, dass Sie die Bürgerzeitung KLARTEXT lesen! Dies ist unsere 1. regionale KLARTEXT-Ausgabe hier im schönen Niedersachsen, und es macht uns allen großen Spaß, Teil dieser Entwicklung zu sein. Das ist nicht nur das Redaktions-Team, sondern all die anderen fleißigen Helfer, ohne die das Projekt nicht funktionieren würde. Wenn Sie wissen wollen, nach welchen Werten wir zusammen arbeiten und wachsen dürfen, schauen Sie sich doch online unser LEITBILD an:

<https://cutt.ly/09ZxPjZ>



Somit kommen wir Stück für Stück unserem Ziel, zu einer nicht zu „überhörenden Stimme der Bürgerschaft“ zu werden, einen weiteren Schritt näher. Und SIE können dabei mitwirken! Eine fünfstellige Anzahl an Zeitungen muss verteilt werden. Wir haben schon ein super Team an Austrägern, aber SIE fehlen noch! Bitte melden Sie sich, idealerweise bei Ihren lokalen Initiativen oder Spaziergängergruppen, wenn Sie Lust haben die Zeitung zu verteilen. Gerne helfen wir Ihnen dabei.

Wir möchten auch „Auslagestellen“ hinzugewinnen. Fragen Sie in Geschäften, Tankstellen und anderen Lokalitäten nach - am besten mit einem kleinen Stapel KLARTEXT in der Hand. Oder Sie kennen einen Laden, wo ausgelegt werden darf? In beiden Fällen bitte Info an uns und schon sind wir einen Schritt weiter.

Und selbstverständlich kostet es auch Geld, eine solche Zeitung zu drucken und zu den Verteilern zu bringen. Das ganze Team, alle Unterstützer machen das auf ehrenamtlicher Basis. Druck und Logistik müssen aber bezahlt werden. Beides sichert auch Arbeitsplätze hier bei uns in der Region!

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Eine finanzielle Unterstützung kann auf drei Arten erfolgen:

1. Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
2. Via PayPal: hier die dafür vorgesehene Paypal-Emailadresse: redaktion@klartext-niedersachsen.de
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).

Sie finden alle Kontaktmöglichkeiten im Impressum dieser Zeitung oder auf unserer Internetseite. Mit Ihrer Unterstützung können wir gemeinsam viel bewegen!
Von Herzen vielen Dank

stoppen, Friedensgespräche einzufordern, die Neutralität und Unabhängigkeit Deutschlands zu fördern, eine multilaterale Weltordnung gleichberechtigter Staaten zu unterstützen.

- **Die Rücknahme der Gesetze, die unsere Demokratie untergraben (besonders die der letzten 2,5 Jahre) und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit.**
- **Die Aufarbeitung der Corona-Krise: Beendigung aller Maßnahmen, Offenlegung der Falschinformationen und der Impfschäden, Hilfe für Betroffene.**

Sprechen Sie uns an bei den Spaziergängen! Jeder ist willkommen!

Montagsspaziergänge in der Region

Altwarmbüchen	18:00	Rathaus
Auetal/Rehren	19:00	Rathaus
Aurich	18:00	Marktplatz
Bad Pyrmont	17:15	Springbrunnen/Wasserlauf
Barsinghausen	18:00	C & A
BadMünder	18:00	Rathaus
BadBevensen	18:00	Neptunbrunnen
BadGandersheim	18:00	Festspielbrunnen
BadNenndorf	18:00	Tassenbrunnen
Braunschweig	18:30	am Dom
Bremen	17:30	Bahnhofsvorplatz
Bremerhaven	18:00	Ernst-Reuter-Platz
Buchholz (Aller)	18:30	ab Marschweg
Buchholz i.d.N.	19:00	Rathaus
Bückeburg	18:00	Oberstenhof hinter Spark.
Celle	18:30	Stadtkirche/Ecke Nordsee
Coppenbrügge	18:00	Rathaus
Cloppenburg	18:00	Rathaus
Dannenberg	18:00	Rathaus
Delmenhorst	18:00	Graftwiesen
Diepholz	18:00	Mollerstrasse/Aldiparkplatz
Drochtersen	18:00	Gemeindehaus
Duderstadt	18:00	Rathaus
Emden	18:00	Rathausbogen
Esens	19:00	Kirchplatz
Friesoythe	18:00	Kirche
Garbsen	18:00	Kastanienplatz
Gifhorn	18:30	Schillerplatz
Goldenstedt	19:00	Rathaus (Kerze)
Goslar	18:00	Jakobikirchhof
Göttingen	18:00	Neues Rathaus
Quakenbrück	18:00	Marktplatz
Rehren/Auetal	19:00	Marktplatz
Rinteln	18:00	Marktplatz/Glasbläserbrunnen
Ritterhude	18:00	Rathaus
Roseng./Klecken	18:00	Straße vor Rewe
Rotenburg	18:00	Pferdemarkt
Salzgitter - Bad Sarstedt	18:00	Rathaus
Sarstedt	18:00	Rathaus
Schwanewede	18:00	Marktplatz
Schneverdingen	18:30	Rathaus
Seelze	17:45	Rathaus
Springe	18:00	Amtsgericht
Stade	18:30	hinters dem alten Rathaus
Stadthagen	17:30	Marktplatz (beim Edeka)
Suhldorf	18:30	Waldmühle
Twistringen	19:00	Lindenstr.39
Uchte	18:00	Rathaus
Uelsen (Bentheim)	18:00	Rathaus
Uetze	18:30	Hindenburgplatz
Visselhövede	18:00	Rathaus
Walkenried	18:00	Klostermarkt
Wallenhorst	19:00	Rathaus
Wallensen	18:00	an der Kirche
Wehrbleck - Dieph	18:00	am Edeka
Wenningen	18:00	Sonnenuhr
Werthe	19:00	Rathaus
Westerholt (Ostfr.)	18:00	Rathaus
Westerstede	18:00	Rathaus
Winsen (Luhe)	18:30	ZOB
Wolfenbüttel	18:00	Rathaus
Wolfsburg	17:00	Rathaus
Worpswede	18:00	Bergstraße
Wunstorf	18:00	Marktkirche
Zeven	18:00	Rathaus

Dienstags:
Wedemark-Mell. 18:00 Rathaus

Mittwochs:
Hannover 18:00 Hainholz
Hannover 18:00 Bothfelder Platz
(08. und 22.02.)
Hannover 18:00 Innenstadt
(08. und 22.03.)
Obernkirchen 18:00 Marktplatz

Freitags:
Gehrden 18:00 Rathaus

Samstags:
Burgdorf 11:00 Spittaplatz
(Demo mit Aufzug)
Celle 11:00 Am Neumarkt
Hannover 13:45 Ritter Brüning Straße
(Autokorso)
Hildesheim 14:00 Michaeliskirche
(jeden 1. + 3. Sa/Monat)
Osnabrück 14:00 Schlossgarten
Wolfenbüttel 10:00 Bankhaus Seeling

Sonntags:
Cuxhaven 15:00 Kaemmererplatz

Alle Angaben ausschließlich zu Informationszwecken. Verantwortlich sind die Bürger an Ort und Stelle.

Wir sitzen alle im selben Boot - Nur gemeinsam und gut informiert meistern wir die kommenden Herausforderungen!



Haftungsausschluss:

Die veröffentlichten Artikel (Stand Dez. '22 - Jan. '23) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.

Mail: redaktion@klartext-niedersachsen.de
Web: www.klartext-niedersachsen.de
Telegram: t.me/klartextNDS